

Di **NA** a la **mina**
a **cielo** **abierto.**

EXTRAKTIVISMUS RELOADED

ROHSTOFFPOLITIK IN LATEINAMERIKA SEIT
DEM BOOM AB 2003

TOBIAS LAMBERT

Tenemos una
chispa de
esperanza.



PowerShift

Herausgegeben von:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL

Gneisenaustraße 2a,
D -10961 Berlin
E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org

Power Shift e.V.

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
E-Mail: info@power-shift.de
Internet: www.power-shift.de

Autor: Tobias Lambert

Titelbild: Mural contra proyecto minero de Argonaut Gold - Dolores Hidalgo, Guanajuato

Foto: Juan Carlos Fonseca Mata, [\(CC BY-SA 4.0\)](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/)

Layout: Ingrid Navarrete | www.ingrid-navarrete.de

Druck: Hinkelsteindruck, 10997 Berlin

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin.

Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung des Autors und gibt nicht notwendigerweise die Position von PowerShift und des FDCL wieder; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch der LEZ Berlin wieder.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

berlin Berlin

Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-ND 2.0)



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Herausgeber:innen	4
1. Einleitung: Rohstoffboom und Krise eines Entwicklungsmodells	5
2. Venezuela: Erdölland im Abwärtsstrudel	9
3. Bolivien und Ecuador: Vertane Alternativen	14
4. Kolumbien: Die neoliberale Bergbaulokomotive	20
5. Deutsche Interessen: Freier Zugang für die Industrie	23
6. Quo vadis Extraktivismus? Keine Atempause durch Corona	27



VORWORT DER HERAUSGEBER:INNEN

Zu Beginn der 2000er Jahre zeigte Lateinamerika, dass es auch anders gehen könnte: Ausgehend von Venezuela, wurden in verschiedenen Ländern „progressive“ Regierungen gewählt und die sogenannte „linke Dekade“ eingeläutet. Nach zwei Jahrzehnten neoliberaler Politik in großen Teilen des Kontinents sollten nun endlich die Belange der ärmeren Bevölkerungsschichten in den Fokus rücken.

In einer Phase überwiegend hoher Rohstoffpreise steigerten die „progressiven“ Regierungen nun die staatlichen Einnahmen aus dem Rohstoffsektor und investierten diese in Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitsprogramme. Dies führte anfangs zur Befriedung einiger sozialer Konfliktfelder und zu einer breiten politischen Legitimität der Regierungen. Tiefgreifende strukturelle Veränderungen blieben jedoch weitgehend aus. Noch immer gilt Lateinamerika als der Kontinent, auf dem Reichtum am ungleichsten verteilt ist. In der „linken Dekade“ ersetzte der so genannte Neo-Extraktivismus in vielen Ländern den neoliberalen Extraktivismus. Die Auswirkungen blieben gleichermaßen gravierend: ganze Landstriche wurden kontaminiert, Aktivist:innen kriminalisiert, bedroht oder gar ermordet.

Tobias Lambert nimmt in der vorliegenden Studie eine Bestandsaufnahme vor und analysiert die Situation aus heutiger Perspektive. Anhand mehrerer Länderbeispiele werden exemplarisch die Rohstoffpolitik während des Rohstoff-Booms ab 2003 nachgezeichnet und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Extraktivismus betrachtet. Das **erste Kapitel** umreißt den Kontext, fasst die (lateinamerikanischen) Debatten und Entwicklungen im Hinblick auf den (Neo-) Extraktivismus zusammen und konstatiert, dass Regierungswechsel nicht zu weniger Extraktivismus geführt haben. Doch welche Folgewirkungen haben die politischen Umbrüche in Lateinamerika für das konfliktbeladene Verhältnis zwischen Extraktivismus und Demokratie/Menschenrechten? Woran liegt es, dass die „progressiven“ Regierungen keine tragfähigen Wirtschaftsalternativen entwickeln konnten und mittlerweile weitgehend als politisch gescheitert gelten? Hierzu dient zunächst exemplarisch ein Blick auf Venezuela, Bolivien und Ecuador, bevor mit Kolumbien ein Land mit neoliberaler Regierung in den Fokus rückt.

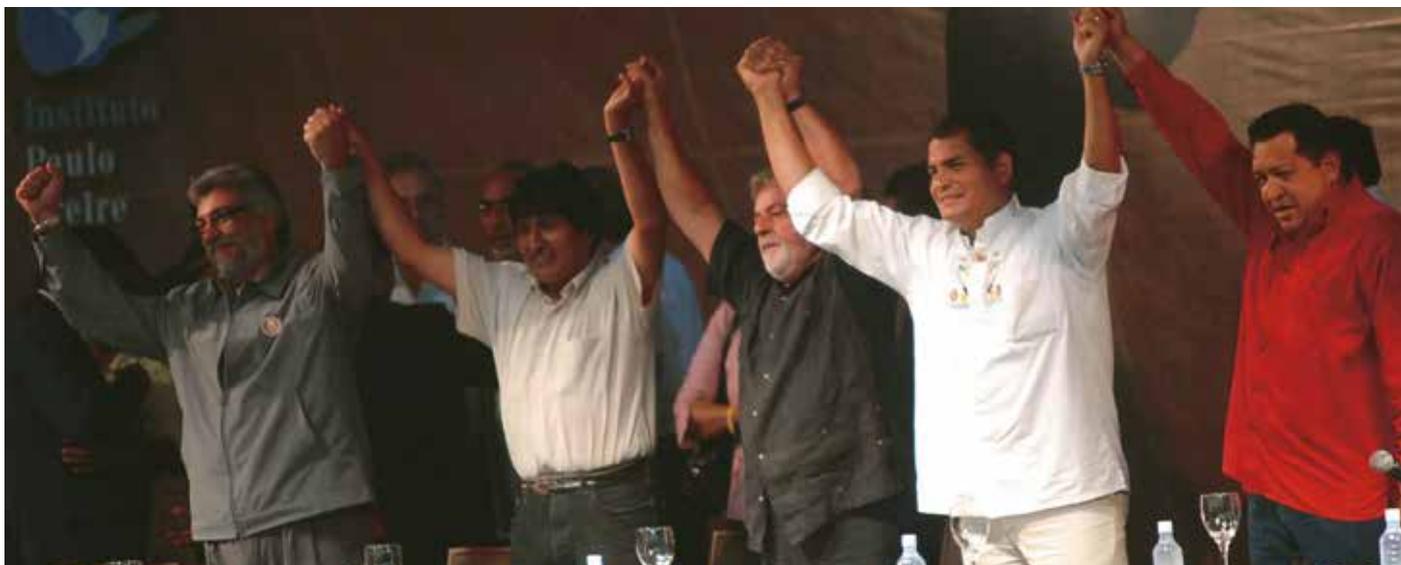
Venezuela (**Kapitel 2**) steht wie kein anderes Land für eine jahrzehntelange Abhängigkeit vom Export eines einzigen Rohstoffes (Erdöl). Während der „progressiven Dekade“ beanspruchte es eine politische Führungsrolle innerhalb der Region, heute hingegen befindet sich das Land in der größten wirtschaftlichen Krise seiner Geschichte, die nicht nur, aber sehr viel mit der Erdölabhängigkeit zu tun hat. Am Anspruch, die venezolanische Wirtschaft zu diversifizieren, scheiterten die chavistischen Regierungen, wie schon ihre Vorgänger:innen. Zwar wurden traditionelle Eliten entmachtet, gleichzeitig jedoch eine neue Schicht von regierungstreuen Erdölprofiteur:innen geschaffen. Die Initiative von Präsident Nicolás Maduro, neue Rohstoffvorkommen zu erschließen, wird die multiplen Krisen und Abhängigkeiten wohl kaum verringern.

In Bolivien und Ecuador (**Kapitel 3**) wurden Alternativen zur rohstoffbasierten Entwicklung am breitesten diskutiert und fanden sogar Eingang in Verfassungstexte und Regierungspolitiken. Gleichzeitig vertieften die Regierungen beider Länder den Extraktivismus und warfen die Verfassungsgrundsätze damit innerhalb kürzester Zeit teilweise über Bord. Aktivist:innen, die sich gegen extraktive Projekte wandten, wurden von Regierungsseite diffamiert und kriminalisiert.

In Kolumbien (**Kapitel 4**) war bisher nie eine „progressive“ Regierung an der Macht, das Land ist ein emblematisches Beispiel für die Vertiefung des Extraktivismus unter rechten Vorzeichen. Die staatliche Regulierung des Bergbaus ist traditionell gering, die Rolle privater Unternehmen dementsprechend stark, was zu zahlreichen Konflikten in Abbauregionen führt. In den letzten Jahren wurden hunderte Aktivist:innen von rechten Paramilitärs ermordet.

Kapitel 5 schlägt den Bogen nach Deutschland bzw. der Europäischen Union (EU) und analysiert, welche Ziele Deutschland und die EU in ihrer Rohstoffpolitik verfolgen und inwiefern dies Auswirkungen auf Lateinamerika hat oder in Zukunft haben könnte. Deutsche Unternehmen stehen meist nicht in der ersten Reihe bei Großprojekten. Dennoch zählt Deutschland zu den fünf größten Rohstoffkonsumenten und der Wohlstand hierzulande basiert in hohem Maße auf der Ausbeutung von Rohstoffen, z.B. für die deutsche Auto- und Chemieindustrie. Dabei steht die kostengünstige Versorgung von Industrie und Verbraucher:innen im Vordergrund. Die Rohstoffpolitik Deutschlands und der EU zielt auf den Abbau von Handelsbarrieren und Investitionshindernissen. Die sozialen und ökologischen Kosten des Rohstoffverbrauchs werden dabei externalisiert. Gleichzeitig setzen Bundesregierung und EU bei der Durchsetzung von Menschenrechten bislang lediglich auf freiwillige Selbstverpflichtungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern rechtlich bindende Regelungen wie ein Lieferkettengesetz. Zu einer dringend notwendigen Rohstoffwende wird es nur kommen, wenn soziale Bewegungen hierzulande und in Lateinamerika durch Proteste den Druck auf Entscheidungsträger:innen erhöhen. **Abschließend** muss konstatiert werden, dass durch die Corona-Pandemie der notwendige Protest seitens der Zivilgesellschaft noch weiter erschwert wird. Doch zivilgesellschaftlicher Druck ist Voraussetzung für eine Veränderung hin zu einer sozial verträglichen, umweltpolitisch nachhaltigen und demokratisch legitimierten Rohstoffpolitik. Auch war der Bergbau in Lateinamerika vielerorts nicht in Quarantäne. Es wurde weiter gesprengt, umgegraben und verseucht. Die Aussichten mögen momentan nicht gut sein. Kleine Erfolge von zivilgesellschaftlichen Organisationen, indigenen und kleinbäuerlichen Gemeinden gegen zerstörerische extraktive Projekte zeigen aber, dass es nicht aussichtslos ist, sich für mehr sozial-ökologische Verantwortung zu engagieren.

1. Einleitung: Rohstoffboom und Krise eines Entwicklungsmodells



Auf der Höhe ihrer Macht: links-progressive Regierungschefs 2008 beim Weltsozialforum. Foto: Fabio Rodrigues Pozzebom/Agência Brasil (CC BY 3.0 BR)

Die Covid-19-Pandemie trifft Lateinamerika hart. Neben den gesundheitlichen Folgen in meist unterfinanzierten Gesundheitssystemen sind die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen verheerend. Vor allem in ärmeren Regionen und Stadtteilen verfügen die meisten Menschen nicht über Rücklagen, um die Krise abzufedern. Viele sind schlicht darauf angewiesen, weiter zu arbeiten und haben aufgrund prekärer oder informeller Beschäftigung keinen Anschluss an die ohnehin nur rudimentär bestehenden Sozialsysteme. Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) rechnet damit, dass die Exporterlöse 2020 infolge des weltweiten Handelsrückgangs um 23 Prozent einbrechen (CEPAL 2020). Zu erwarten sei die „größte Rezession in der Geschichte Lateinamerikas“¹. Von wenigen Ausnahmen wie beispielsweise Gold und Kupfer abgesehen, haben sich die internationalen Rohstoffpreise seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich verringert.² Viele Länder Lateinamerikas, die wirtschaftlich überwiegend von der Ausfuhr unverarbeiteter Rohstoffe abhängen, stellt dies zusätzlich vor enorme Probleme.³ Und doch vertieft Corona nur eine Tendenz, die bereits zuvor bestand: Die Krise des Extraktivismus als Entwicklungsmodell, das auf den Export von mineralischen und fossilen Rohstoffen (sowie von Agrargütern) setzt.

Rohstoffboom ab 2003

Bereits seit der Kolonisierung durch europäische Mächte basieren die Wirtschaftsstrukturen Lateinamerikas und anderer Regionen des globalen Südens auf der Ausbeutung von Ressourcen. Daran hat sich trotz ehrgeiziger Industrialisierungsversuche im 20. Jahrhundert in den meisten Ländern nur wenig geändert. Wurde die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffexporten ab Mitte des 20. Jahrhunderts etwa bei linken Vertreter:innen des so genannten *desarrollismo*⁴ zunehmend kritisch gesehen, änderte sich ab 2003 das Bild. Im Zuge des einsetzenden Rohstoffbooms forcierten die lateinamerikanischen Regierungen erneut den Extraktivismus, der in Lateinamerika heute eng mit der verbreiteten Idee von „Entwicklung“ zusammenhängt. Die hohen Weltmarktpreise für viele Metalle, Mineralien, Erdöl und Agrargüter wie Soja beflügelten eine Reprimarisierung, also eine Rückkehr zur Rohstoffwirtschaft (Svampa 2020: 31). Der Boom führte nicht in allen Ländern zu steigenden Exportmengen, in den meisten ab 2003 aber zu deutlich steigenden Einnahmen aufgrund gestiegener Preise vieler Rohstoffe. (Matthes 2013: 9 ff.). Doch beflügelte die Aussicht auf

1 <https://news.un.org/es/story/2020/04/1473192>

2 www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Aktuelles/Monitore/09-20/2020-09-preismonitor.pdf;jsessionid=98F54B7FE7B-5650925030D203C8DA06E.1_cid321?_blob=publicationFile&v=2

3 Laut Schätzungen verfügt Lateinamerika über 65 Prozent der Lithiumvorkommen, etwa die Hälfte der Silber- und Goldvorkommen sowie ein Drittel der Zinnreserven weltweit. Bei international wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Bauxit, Eisen und Steinkohle zählen lateinamerikanische Länder zu den wichtigen Exporteuren und gelten bei landwirtschaftlichen Nutzflächen als wichtige Anbauregion für das Agrobusiness (Dietz 2016).

4 Ab Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika vorherrschende Wirtschaftstheorie und -praxis, wonach mittels staatlicher Investitionen ein Binnenmarkt und Industriezweige geschaffen werden sollen, um eine gegenüber den Industriestaaten „nachholende Entwicklung“ zu ermöglichen. In dem Zusammenhang wiesen Vertreter:innen der in den 1960er und 70er Jahren verbreiteten dependenztheoretischen Ansätze häufig darauf hin, dass die Austauschverhältnisse (Terms of Trade) zwischen rohstoffreichen Ländern und Industriestaaten sich für erstere zunehmend nachteilig entwickelten. Das heißt, es wurde davon ausgegangen, dass immer mehr Rohstoffe exportiert werden müssten, um sich Produktionsmaschinen kaufen zu können. Siehe dazu z.B. der 1971 erstmals erschienene Klassiker „Die offenen Adern Lateinamerikas“ von Eduardo Galeano.

Streit in der Linken

höhere Einnahmen in vielen Fällen die territoriale⁵ Ausweitung extraktiver Bergbau- oder Erdölprojekte oder führte zumindest dazu, entsprechende Pläne auszuarbeiten. Rohstoffunternehmen dringen in Gebiete vor, die zuvor als „unrentabel“ galten, jedoch häufig beispielsweise von indigenen Gruppen genutzt werden. Beflügelt haben die Ausweitung der Rohstoffförderung auch bessere technische Möglichkeiten der Erkundung sowie das Auftreten Chinas als neuer geopolitischer Akteur. Zudem beinhaltet der Extraktivismus die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch das Agrobusiness, Fischfang, den Ausbau der Waldwirtschaft sowie den Bau großer Staudämme für Wasserkraftwerke, die direkt dem hohen Energiebedarf der extraktiven Industrien dienen (ebd.: 75).

Die Phase überwiegend hoher Rohstoffpreise fiel Anfang der 2000er Jahre mit der so genannten Linkswende auf dem Kontinent zusammen, die auf etwa zwei Jahrzehnte neoliberaler Politik folgte. Die häufig als progressiv⁶ bezeichneten Regierungen konnten in Abgrenzung zum neoliberalen, deregulierten Extraktivismus der 1990er Jahre die staatlichen Einnahmen steigern und investierten diese in Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitsprogramme. In Verbindung mit anfangs umgesetzten Demokratisierungsbemühungen sorgte dies für eine breite politische Legitimität. Diese basierte auch auf dem Rückhalt sozialer Bewegungen und vor allem in Ländern wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador der unteren Bevölkerungsschichten. Für viele Menschen in Lateinamerika verbesserten sich die Lebensbedingungen zwischen 2003 und 2014. Die Armut ging zurück, öffentliche Dienstleistungen wurden ausgebaut. Die politischen Konflikte der neoliberal geprägten 1990er Jahre ließen sich zumindest in den links regierten Ländern im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends weitgehend befrieden, auch indem soziale Bewegungen vielerorts in die Regierungspolitik eingebunden wurden. Strukturelle Veränderungen fanden jedoch kaum statt. In fast allen Ländern Lateinamerikas leben die Oberschichten dank legaler und illegaler Instrumente fast komplett steuerfrei. Die hohen Rohstoffpreise sorgten indes für die Illusion, „man könne die Situation der Armen verbessern, ohne die Privilegien der Reichen anzutasten“ (Machado/ Zibechi 2019: 31).

Die hohen Rohstoffpreise sorgten für die Illusion, man könne die Situation der Armen verbessern, ohne die Privilegien der Reichen anzutasten.

Nachdem die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise bereits ab 2009 für einen vorübergehenden Einbruch der internationalen Rohstoffpreise gesorgt hatte, bewegten sich diese ab Ende 2014 erneut nach unten. Spätestens jetzt zeigte sich, dass kein Land Lateinamerikas entschiedene Schritte eingeleitet hatte, um den Extraktivismus und die damit einhergehende Abhängigkeit vom Weltmarkt zu überwinden.

Innerhalb der lateinamerikanischen Linken führte der Extraktivismus zu einer teilweise polemisch geführten Debatte. Vor allem aus akademischen Kreisen sowie indigenen- und Umweltbewegungen kam deutliche Kritik an der wirtschaftlichen Fokussierung auf Rohstoffe.⁷ Ausgehend von den Thesen des uruguayische Intellektuellen Eduardo Gudynas setzte sich für die Rohstoffpolitik der progressiven Regierungen der Begriff „Neo-Extraktivismus“ durch. Das neue daran sei die größere staatliche Kontrolle über die Einnahmen aus den extraktiven Industrien, die mittels sozialpolitischer Maßnahmen gerechter verteilt würden. Dies wiederum legitimiere den Extraktivismus und marginalisiere Kritik an dem Entwicklungsmodell (Gudynas 2009a). Viele Unterstützer:innen der (Mitte-)Linksregierungen warfen den linken Kritiker:innen tatsächlich vor, den Extraktivismus zu pauschal abzulehnen und damit der politischen Rechten in die Hände zu spielen.⁸ Die infolge der politischen Polarisierung innerhalb der Linken entstandenen Risse sind bis heute nicht gekittet. Mit der Konsolidierung der progressiven Regierungen wurden dekolonisierende, indigene, umweltorientierte und basisdemokratische Narrative, die etwa in Bolivien und Ecuador sogar die Diskussion um neue Verfassungen prägten, zunehmend an den Rand gedrängt. Die verschiedenen progressiven Regierungen reagierten auf Umweltproteste häufig durch Stigmatisierung und manchmal direkte Kriminalisierung der Hauptakteur:innen und warfen ihnen beispielsweise eine „versteckte Agenda“ oder „Verschwörung“ vor. Privaten und staatlichen Akteur:innen gelang es zeitweise, den Extraktivismus als Allgemeininteresse zu defi-

- 5 Der Begriff „*territorio*“ ist in Lateinamerika ein wichtiger Bezugspunkt für soziale Bewegungen und meint vor allem den Raum und die Rahmenbedingungen für das Leben. Wirtschaftlich motivierte Diskurse beschränken *territorio* hingegen auf die Rentabilität eines geografischen Gebietes.
- 6 Als „progressiv“ werden in Lateinamerika häufig die (Mitte-)Linksregierungen bezeichnet, um deren Gemeinsamkeiten zu betonen. Dazu zählen etwa die Zurückweisung des Neoliberalismus, eine Aufwertung der regulierenden Rolle des Staates, die Zielsetzungen soziale Gerechtigkeit und Kampf gegen Armut sowie das Bemühen um eine lateinamerikanische Integration. Tatsächlich werden unter dem Begriff unterschiedliche politische und ideologische Ansätze zusammengefasst, die von sozialdemokratischen bis zu sozialistischen, von autoritären bis zu rätedemokratischen Vorstellungen reichen. Zu den progressiven Regierungen gezählt wurden / werden im weitesten Sinne meist: Venezuela unter Hugo Chávez' (1999 bis 2013) und Nicolás Maduro (seit 2013), Chile unter Ricardo Lagos (2000 bis 2006) und Michelle Bachelet (2006 bis 2010 sowie 2014 bis 2018), Brasilien unter Luiz Inácio Lula da Silva (2003 bis 2010) und Dilma Rousseff (2011 bis 2016), Argentinien unter Nestor Kirchner (2003 bis 2007), Cristina Fernández de Kirchner (2007 bis 2015) und Alberto Fernández (mit Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner, seit 2019), Uruguay unter Tabaré Vázquez (2005 bis 2010 und 2015 bis 2020) und Pepe Mujica (2010 bis 2015), Bolivien unter Evo Morales (2005 bis 2019) und Luis Arce (ab 2020), Honduras unter Manuel Zelaya (2005 bis 2009), Nicaragua unter Daniel Ortega (seit 2006), Ecuador unter Rafael Correa (2007 bis 2017), Paraguay unter Fernando Lugo (2008 bis 2012), El Salvador unter Mauricio Funes (2009 bis 2014) und insbesondere Salvador Sánchez Cerén (2014 bis 2019) sowie Mexiko unter Andrés Manuel López Obrador (seit 2018). Je nach Sichtweise wird auch Kuba dazu gezählt.
- 7 Auch in deutscher Sprache sind dazu seit 2012 einige Bücher und Beiträge erschienen, vgl. etwa: FDCL & Rosa- Luxemburg-Stiftung 2012, Lang 2012, Zelik/Tauss 2012, Burchardt/ Dietz/Öhlschläger 2013.
- 8 Dazu stellvertretend García Linera 2012. Der ehemalige bolivianischen Vizepräsident (2005 bis 2019) und Soziologe ist einer der vehementesten Verteidiger des Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell (vgl. das Bolivien-Kapitel in dieser Broschüre). Auf Deutsch siehe auch die Debatte zwischen Boris / Meschkat 2013. Dieter Boris kritisiert darin die Diskussion um Neo-Extraktivismus, negiert aber nicht die negativen Auswirkungen des auf Rohstoffen basierenden Entwicklungsmodells. Ähnlich wie García Linera traut er den linken Regierungen jedoch zu, die Probleme zu überwinden: „Für einen Ausweg aus dem skizzierten Dilemma könnten sicherlich kurz- und mittelfristige Kompromisse gerade unter den progressiven Regierungen gefunden werden. Durch scharfe Umwelt- und Arbeitsauflagen, eine nationale Kontrolle der betreffenden Unternehmen und die Beteiligung der Kommunen bei Investitionsentscheidungen könnten Negativfolgen abgemildert werden. Würde man perspektivisch die Entnahme von Rohstoffen reduzieren und diese überwiegend national und regional verarbeiten, könnte dies langfristig zu größerer Nachhaltigkeit und Diversität der Produktionsstrukturen führen. Solche Schritte in absehbarer Zeit zu gehen, scheint möglich.“ (Boris 2013)



Ob progressiv oder nicht: Lateinamerikanische Länder setzen auf Extraktivismus. Auch Chile. Foto: Rodrigo Fernández (CC BY-SA 4.0)

nieren, und auch innerhalb der Linken Hegemonie herzustellen. Die argentinische Soziologin Maristella Svampa spricht von einem etablierten „Rohstoffkonsens“⁹, der schon die Diskussion über Alternativen als antimodern und fortschrittsfeindlich brandmarkt (Svampa 2019: 77). In den Diskursen der linken Regierungen werden ökologische Visionen und visionäre Vorstellungen eines Post-Extraktivismus zwar thematisiert. Doch wollen die Regierungen vor allem vermitteln, dass eine Koexistenz zwischen unterschiedlichen Entwicklungsstrategien möglich sei und Mega-Bergbau sowie Agrobusiness nicht zwangsläufig im Widerspruch zu Umweltschutz und kleinbäuerlicher Landwirtschaft stünden (ebd.: 119).

Altbekannte Nachteile

Tatsächlich hatten und haben die Regierungen der Region überwiegend die finanziellen Einnahmen im Blick, vernachlässigen jedoch die negativen Folgen des Extraktivismus. Dabei sind diese gut dokumentiert und werden in der Fachliteratur seit Jahrzehnten unter den Begriffen „Rohstofffluch“ und „Holländische Krankheit“¹⁰ diskutiert. Problematisch ist dabei nicht der Export von Rohstoffen an sich, sondern vor allem die einseitige Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf den Extraktivismus. Zudem sind die meisten Rohstoffe endlich. Wirtschaftlich bleibt die Abhängigkeit von äußeren Faktoren wie Weltmarktpreisen und ungerechten Welthandelsstrukturen auch in Boomzeiten bestehen. Extraktionswirtschaft führt zur Herausbildung einzelner Enklaven, die wenig bis gar keine Impulse für die übrige Ökonomie setzen. In Projekten des Mega-Bergbaus werden pro eine Million Dollar Investition beispielsweise nur 0,5 bis zwei direkte Arbeitsplätze geschaffen (ebd.: 73). Durch hohe Rohstoffeinnahmen gerät die heimische Währung unter Aufwertungsdruck, wodurch Exporte teurer und Importe billiger werden. Dies erschwert eine nötige Diversifizierung der Wirtschaft. Hinzu kommt, dass Extraktivismus häufig ein intransparentes Politikmodell fördert, das mit der Bereicherung kleiner Eliten, Korruption, starkem Zentralismus und Autoritarismus einhergeht.

Die territoriale Ausweitung extraktiver Industrien hat in allen Ländern unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungen zu einer starken Zunahme sozialer und ökologischer Konflikte sowie Menschenrechtsverletzungen geführt.

Lateinamerika gilt als eine der artenreichsten Regionen der Welt und der Extraktivismus als eine der Hauptursachen für die Bedrohung dieser Biodiversität.¹¹ Rückstände von Chemikalien und Schwermetallen kontaminieren Böden und Gewässer weit über das jeweilige Minengelände hinaus. Die entstehenden Umweltfolgen sind häufig langfristiger Art (Vollrath 2014: 21). Die Menschen in den An- und Abbauregionen leiden unter der Abholzung von Wäldern für Agrarflächen, der massiven Verwendung giftiger Pestizide in der Landwirtschaft und Chemikalien bei der Förderung von Metallen sowie direkter Gewaltanwendung. Laut der internationalen Nichtregierungsorganisation Global Witness wurden im Jahr 2019 weltweit mindestens 202 Umwelt- und Landverteidiger:innen getötet, etwa zwei Drittel von ihnen in Lateinamerika (Global Witness 2020). Sechs der sieben Länder mit den meisten Morden liegen in der Region, darunter Kolumbien (64 Morde), Brasilien (24), Mexiko (18), Honduras (14), Guatemala (12) und Venezuela (8). Die meisten der Umwelt- und Landverteidiger:innen mussten sterben, weil sie sich in Konflikten um Land, Bergbau- und Energieprojekte gegen Großgrundbesitzer:innen, Unternehmen oder Politiker:innen gestellt haben, die ihre Profitinteressen von Auftragskillern, Paramilitärs oder staatlichen Sicherheitskräften verteidigen lassen. In den Jahren zuvor entfielen ebenfalls stets die meisten Morde auf Lateinamerika. Häufig sind indigene Aktivist:innen betroffen. Drohungen und Kriminalisierung erschweren zudem die Arbeit von Umwelt- und Landverteidiger:innen. Diese sind dazu gezwungen, einen Großteil ihrer zeitlichen Ressourcen unter hoher psychischer Belastung in den eigenen Schutz zu investieren (Paredes 2019: 12). Svampa weist darauf hin, dass die durch Extraktivismus verursachte Gewalt besonders in ihrer Ausprägung gegenüber Frauen und Kindern post-koloniale Kontinuitäten aufweist. Betroffen seien vor allem ländliche Räume des globalen Südens; urbane und weiße Frauen sowie Frauen aus dem globalen Norden bisher hingegen kaum (Svampa 2019: 20 f).

9 Svampa verwendet den Begriff in Anlehnung an den neoliberalen „Washington-Konsens“, mit dem Internationaler Währungsfonds und Weltbank in den 1990er Jahren ihre Forderungen nach Deregulierung und Privatisierungen begründeten.

10 Der Name „Holländische Krankheit“ stammt aus den 1960er Jahren, als in den Niederlanden infolge der Gasförderung negative wirtschaftliche (vor allem währungspolitische) Konsequenzen zu beobachten waren. Tatsächlich gab es derartige Effekte aber auch zuvor und sie betreffen bis heute vor allem Länder des globalen Südens.

11 Siehe hierzu auch die Factsheet-Reihe des FDCL zu „Biodiversität in Lateinamerika“, unter: <https://www.fdcl.org/publication/2019-12-30-biodiversitaet-in-lateinamerika/>

Als am problematischsten für Menschen und Umwelt gilt vielerorts großflächiger Bergbau. Die Anzahl der Konflikte zwischen Rohstoffunternehmen, staatlichen Stellen und lokalen Bevölkerungsgruppen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Zählte die Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL) im Jahr 2010 noch 120 derartige Konflikte, waren es im September 2020 bereits 277 (OCMAL, Svampa 2019: 162).

Die territoriale Ausweitung extraktiver Industrien hat in allen Ländern zu einer starken Zunahme sozial-ökologischer Konflikte und Menschenrechtsverletzungen geführt.

Hinzu kommt, dass die Regierungen häufig die demokratische Mitbestimmung über extraktiv genutzte Gebiete missachten oder einschränken. Laut eigenen Gesetzen und internationalen Abkommen sind die lateinamerikanischen Länder dazu verpflichtet, den betroffenen Gemeinden ein Mitspracherecht über die Rohstoffförderung einräumen. Gemäß der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) etwa müssen indigene Gruppen zu Rohstoffprojekten auf ihren Gebieten ihre „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ geben. In der Realität wird dieses Recht oft missachtet oder unzureichend durchgesetzt (Paredes 2019: 65).

Bei aller Kritik an lateinamerikanischen Regierungen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Grundlage für die Intensität der Rohstoffförderung einerseits die koloniale Ausbeutung durch Europa und andererseits die heutige Nachfrage aus Ländern des globalen Nordens und der aufstrebenden Wirtschaftsmacht China darstellt. Schon heute beansprucht die Menschheit andertshalbmal so viele Ressourcen, wie der Planet regenerieren kann. In unserer „imperialen Lebensweise“ (Brand 2017) lagern wir die Probleme als „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2016) zu einem guten Teil in den globalen Süden aus. Unter den negativen Folgen der Rohstoffförderung leiden in erster Linie die Menschen in den dortigen Förderregionen.

Regierungswechsel führen nicht zu weniger Extraktivismus

Die in Lateinamerika in den letzten Jahren offensichtlich gewordene Krise der progressiven Regierungen hat in einigen Ländern zu einem Rechtsruck, in anderen zu einer autoritären Entwicklung linker Projekte geführt. Geschwächt durch die Bürokratisierung politischer Organisationsformen, ausbleibende personelle Erneuerung, wirtschaftliche Krisen, teils autoritäre Politikmuster und Korruptionsskandale wurde die Linke in vielen Ländern aus der Regierung gedrängt. Dies geschah teilweise durch Wahlen, teilweise durch zivil-militärische oder parlamentarische Putsche wie in Honduras (2009), Paraguay (2012), Brasilien (2016) und Bolivien (2019). Die politischen Umbrüche gehen in vielen Ländern mit einer Rücknahme sozialer Reformen, einer Krise der Demokratie und einer weiteren Vertiefung des extraktivistischen Entwicklungsmodells einher. Der Extraktivismus unter rechten Regierungen zielt nicht mehr darauf ab, möglichst weite Teile der Bevölkerung mittels Sozialprogrammen und Geldtransfers in die Gesellschaft einzubeziehen. Wirtschaftskrise und sinkende Rohstoffpreise führen in der Logik von Regierungen und Unternehmen offenbar dazu, noch mehr zu produzieren und zu exportieren zu müssen und teilweise neue Rohstoffquellen erschließen zu wollen. Beflügelt wird diese Entwicklung auch durch langfristig abgeschlossene Verträge und Kreditvereinbarungen mit chinesischen Unternehmen und der chinesischen Regierung, die eine kurzfristige Abkehr vom Extraktivismus zusätzlich erschweren (Brand 2016). Dabei waren die Bedingungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen in Lateinamerika selten so günstig wie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Das Beispiel Venezuela zeigt besonders drastisch auf, dass die Chance rückblickend nicht genutzt wurde.

Die politischen Umbrüche gehen in vielen Ländern mit der Rücknahme sozialer Reformen, Rückschritten der Demokratie und der Vertiefung des Extraktivismus einher.

2. Venezuela: Erdölland im Abwärtsstrudel



Gebäude von Petróleos de Venezuela, S.A. (PDVSA) in Maracaibo, die heruntergewirtschaftete staatliche Erdölgesellschaft. Foto: Wilfredorrh (CC BY-NC-ND 2.0)

Ab 1999 galt Venezuela ein gutes Jahrzehnt lang als Projektionsfläche für eine gerechtere Gesellschaft. Heute kommen aus dem Land hingegen fast nur noch schlechte Nachrichten: Seit 2014 haben sich nahezu alle wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren rapide verschlechtert. Der Alltag der meisten Menschen ist von Hyperinflation und Versorgungsmängeln geprägt. Die sozialen Errungenschaften aus der Regierungszeit von Hugo Chávez (1999 bis 2013) sind beinahe vollständig wieder verloren gegangen und das Land leidet unter einem andauernden politischen Machtkampf.¹² Während sich linke Regierung und rechte Opposition gegenseitig die Schuld für die derzeitige Wirtschafts- und Versorgungskrise zuschieben, gerät deren strukturelle Hauptursache häufig aus dem Blick: die völlig einseitige Abhängigkeit vom Erdöl. Seit fast 100 Jahren kreist die venezolanische Wirtschaft im Wesentlichen um das „schwarze Gold“. Mit etwa 300 Milliarden Barrel verfügt das Land über die größten derzeit bekannten Vor-

kommen weltweit. Der Verkauf von Erdöl generierte bis vor kurzem etwa 96 Prozent der Exporteinnahmen und war für etwa die Hälfte der Staatseinnahmen verantwortlich. Beschäftigt waren in dem Sektor 2015 jedoch lediglich 180.000 Personen (Peters 2019: 138). Der Preis des venezolanischen Hauptexportgutes fiel von über 100 US-Dollar pro Barrel 2013 auf unter 30 US-Dollar 2016 und nach einer zwischenzeitlich leichten Erholung bis auf gut zehn Dollar im Frühjahr 2020. Heute exportiert Venezuela so wenig Erdöl wie seit den 1940er Jahren nicht mehr und kann mittlerweile kaum mehr Einnahmen erzielen. Ein Land, das seine Exporterlöse fast komplett aus dem Verkauf eines einzigen Rohstoffs bestreitet, kann sich aufgrund schwankender Weltmarktpreise kaum gegen wirtschaftliche Einbrüche schützen. Politische Fehlentscheidungen, Korruption, mangelhafte Wartung der Erdölförderanlagen und äußere Faktoren wie die US-Sanktionen haben die Krise aber verstärkt, so dass die wirtschaftliche Lage in

12 Mit Nicolás Maduro und Juan Guaidó erheben seit Januar 2019 zwei Personen Anspruch auf das Präsidentenamt. Während Guaidó trotz verfassungsrechtlich zweifelhafter Argumentation von über 50 Staaten, darunter den USA und den meisten Ländern der Europäischen Union rasch als Interimspräsident anerkannt wurde, liegt die politische Kontrolle innerhalb Venezuelas weiterhin bei Maduro. Zum Machtkampf in Venezuela siehe z.B. Lambert 2019 a.

Venezuela im Vergleich zu anderen rohstoffreichen Ländern besonders dramatisch ist (Sutherland 2019 und 2020).¹³ Die Sanktionen betreffen auch direkt den Erdölsektor. Die Auswirkungen spürt vor allem der ärmere Teil der Bevölkerung (Oliveros 2020).

Doch die Probleme reichen noch tiefer: Die seit Jahrzehnten bestehende einseitige Rohstoffabhängigkeit hat wirtschaftliche, soziale und kulturelle Muster verfestigt, die nur schwer zu durchbrechen sind. Die wirtschaftlichen Akteur:innen richten ihre Anstrengungen vornehmlich darauf aus, sich ein Stück des staatlich verwalteten Erdölreichtums einzuverleiben. Dementsprechend basiert ökonomischer Erfolg „nicht primär auf Innovation und Produktivitätssteigerungen, sondern auch und vor allem auf dem privilegierten Zugang zum Staat, der die so genannte Erdölrente, sprich die Einnahmen aus den Exporten verteilt.“ (Peters 2019: 151)

Venezuela* Wichtigstes Exportprodukt



Bedeutende Rohstoffe: Erdöl, Kohle, Gold, Kupfer, Diamanten, Eisen, Bauxit und Coltan

*Es liegen keine unabhängigen aktuellen Zahlen vor

Quellen: https://estadisticas.cepal.org/cepalstat/Perfil_Nacional_Economico.html?pais=VEN&idioma=spanish, World Mining Data 2020: 263

„Erdöl säen“

An dem Ziel, die venezolanische Wirtschaft zu diversifizieren, sind in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Regierungen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung gescheitert. Bereits 1936 hatte der venezolanische Schriftsteller Arturo Uslar Pietri den Anspruch formuliert, „das Erdöl zu säen“, also mithilfe der Einnahmen aus dessen Verkauf andere Wirtschaftssektoren aufzubauen. Doch stattdessen traten in Venezuela typische Probleme rohstoffbasierter Ökonomien auf: Der Erdölsektor schuf Enklaven, die kaum mit der übrigen Wirtschaft verbunden sind. Der Zufluss an Devisen setzte die heimische Währung unter Aufwertungsdruck, was die Importe von Waren verbilligte und der heimischen Produktion schadete. Der „Erdölkonsens“ in Venezuela drückt sich unter anderem dadurch aus, dass in der Gesellschaft ein vermeint-

liches „Recht“ auf billiges Benzin, niedrige Steuern und wirtschaftlichen Fortschritt tief verankert ist (Lander 2014).¹⁴

Im Jahr 1976, als sich die Mittel- und Oberschicht des „Saudischen Venezuelas“ aufgrund hoher Erdölpreise und billiger Kredite in einem Konsumrausch befanden, bezeichnete Juan Pablo Pérez Alfonzo, der frühere Erdölminister und Mitbegründer der Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC), Erdöl als „Exkrement des Teufels“. Richtig ernst nahm dies in Venezuela damals kaum jemand. Auch als der Beginn der Schuldenkrise ab Anfang der 1980er Jahre einen etwa 20-jährigen wirtschaftlichen Niedergang einleitete, änderte sich nicht viel am Glauben an Fortschritt und soziale Mobilität, die das Erdöl vermeintlich ermöglichen sollte. Während die politischen und wirtschaftlichen Eliten ihren aufwändigen Lebensstil beibehielten, sollte der ärmere Teil der Bevölkerung „den Gürtel enger schnallen“.

Als der linke Militär Hugo Chávez 1998 die Präsidentschaftswahlen gewann, lebte laut offiziellen Angaben mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Der Erdölpreis lag damals infolge der Asienkrise bei nur zehn US-Dollar pro Barrel. Chávez setzte sich daher einerseits zum Ziel, die Preise zu stabilisieren, andererseits wollte er die Wirtschaft diversifizieren. Durch eine geschickte Wiederbelebung der OPEC hatte Chávez maßgeblichen Anteil daran, dass die Erdölpreise durch die Einhaltung der Förderbeschränkungen wieder stiegen. Innerhalb Venezuelas setzte die Regierung deutlich höhere Abgaben für internationale Erdölkonzerne durch und gewann die Kontrolle über den staatlichen Erdölkonzern PDVSA zurück. Dieser befindet sich zwar seit 1975 in staatlicher Hand, war seit den 1990er Jahren jedoch zunehmend wie ein Privatunternehmen geführt worden. Ab 2004 bestand das offizielle Ziel der Wirtschaftspolitik in einer „endogenen Entwicklung“, also der Stärkung des Binnenmarktes. Nachdem Chávez das Projekt einer laut der Verfassung von 1999 „partizipativen und antagonistischen Demokratie“ anfangs eher mit sozialdemokratischen Ideen verfolgt hatte, erhob er ab 2005 den Aufbau eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zum Ziel. Die Regierung steckte nicht nur viel Geld in Bildung und Gesundheit, sondern auch in kommunale Selbstverwaltung, staatliche Unternehmen sowie landwirtschaftliche und urbane Kooperativen, von denen sich die meisten jedoch nicht annähernd alleine erhalten konnten. Den ambitionierten Ansätzen basisdemokratischer und selbstverwalteter Strukturen waren durch die Subventionierung mittels der Erdöleinnahmen von vornherein Grenzen gesetzt. Es ist fraglich, wie viele Projekte sich überhaupt gebildet hätten, wenn damit nicht die Möglichkeit einer Teilhabe an der Erdölrente verbunden gewesen wäre (Meschkat 2013 und 2020: 94). Viele hochtrabende Pläne einer integralen Agrarreform oder der Stärkung industrieller Staatsunternehmen wurden nur unzureichend oder gar nicht umgesetzt. Tatsächlich glich die chavistische Wirtschaftspolitik letztlich in vielen Punkten jener der Vorgängerregierungen, war also „weitaus weniger revolutionär als Anhänger wie Gegner unterstellen“ (Peters 2019: 151). Dazu zählen auch die Devisen- und Preiskontrollen, die für Venezuela nichts grundsätzlich Neues

- 13 Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit 2013 schätzungsweise um über 80 Prozent reduziert. Öffentliche Dienstleistungen wie Strom, Wasser, Gesundheit oder öffentlicher Nahverkehr stehen kurz vor dem Kollaps und die Hyperinflation hat sämtliche Ersparnisse und Löhne in der Landeswährung Bolívar entwertet. Versuche der Regierung Maduro, die Wirtschaft mittels einer Währungsreform und Ausgabenkürzungen zu stabilisieren, schlugen fehl. Der Mindestlohn beträgt nur noch wenige US-Dollar pro Monat. Ohne die beinahe kostenlosen Lebensmittelkarten der Regierung (CLAP) und Rücküberweisungen migrierter Familienangehöriger könnten die meisten Venezolaner:innen zurzeit nicht überleben. Regierungsanhänger:innen verweisen als Ursache vor allem auf seit August 2016 verhängte US-Sanktionen und einen Wirtschaftskrieg seitens der Oligarchie. Ebenso ursächlich sind allerdings interne Faktoren wie die Ineffizienz der Regierungsarbeit und der verstaatlichten Unternehmen, die verbreitete Korruption sowie weitgehende Untätigkeit in der Wirtschaftspolitik.
- 14 Besonders absurde Blüten trieb in den vergangenen Jahren die staatliche Subventionierung des Benzinpreises, die wirtschaftlich und umweltpolitisch negative Auswirkungen hat. 1989 hatte eine vom Internationalen Währungsfonds aufoktroierte Benzinpreiserhöhung landesweite Unruhen ausgelöst, die als „Caracazo“ in die Geschichte eingingen. Militär und Sicherheitskräfte töteten laut Schätzungen bis zu 3.000 Menschen. Seitdem galt es als kaum durchsetzbar, die internen Benzinpreise anzuheben. Dabei belieferte der Staatskonzern PDVSA die Tankstellen kostenlos, die den gesamten Verkaufspreis einbehielten. Das heißt, der Staat subventionierte das Benzin zu 100 Prozent. In den vergangenen Jahren führte die hohe Inflation dazu, dass eine Tankfüllung Benzin umgerechnet nur noch den Bruchteil eines Cents kostete. Dies führte unter anderem zu einer immensen Ausweitung des Schmuggels nach Kolumbien. Mittlerweile ist Benzin aufgrund des deutlichen Produktionsrückganges rationiert.

sind und die negativen Effekte einer Rentenökonomie bis ins Unermessliche steigern, indem sie enorme Mitnahmeeffekte ermöglichen. Die politisch gewollte Überbewertung der Landeswährung Bolívar hielt Importe künstlich billig und verteuerte die heimische Produktion. Durch die Veruntreuung staatlicher Devisen¹⁵ oder den Weiterverkauf subventionierter Güter ließ sich bald schon das Vielfache eines Durchschnittslohns verdienen. Im Vergleich zu anderen links regierten Ländern kam es dennoch zu einer deutlichen politischen und wirtschaftlichen Schwächung der traditionellen Eliten, die fortan weitgehend – wenn auch nicht gänzlich – von den Erdöltöpfen abgeschnitten waren.¹⁶ Einer neuen Schicht regierungsnaher Unternehmer:innen und chavistischer Funktionär:innen gelang es hingegen, sich unter der linken Regierung zu bereichern. Doch auch internationale Konzerne profitierten vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“: Autoimporteure, Fluglinien oder Pharmakonzerne erhielten große Summen subventionierter US-Dollar (Peters: 143). Während die Erdöleinnahmen hoch waren, verteilte die Regierung das Geld in viele Richtungen.

Keine Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen

Vor allem hatte sich die Chávez-Regierung auf die Fahnen geschrieben, die „soziale Schuld“ abzubauen, die der Staat gegenüber den Unterschichten akkumuliert hatte. Binnen kurzer Zeit sorgten die als *misiones* bekannten Sozialprogramme für eine starke Verbesserung der Grundversorgung. Die Armut sank laut offiziellen Angaben von 54 Prozent (2003) auf 24 Prozent (2009), die extreme Armut ging im selben Zeitraum von 25 auf sieben Prozent zurück (Peters 2019: 160). Die soziale Ungleichheit nahm merklich ab und UN-Organisationen bescheinigten Venezuela große soziale Fortschritte. Aber die *misiones* dienten auch der politischen Bewusstseinsbildung und basierten häufig auf selbstorganisierten Prozessen, die von oben unterstützt wurden. Derartige Erfahrungen sind ein Grund dafür, dass der Chavismus als politisch-kulturelle Identität bis heute weit über die Regierung hinausgeht (Lambert 2019c). Die Bilanz fällt dennoch gemischt aus. Auch die chavistische Sozialpolitik bestand weniger in strukturellen Veränderungen als in der Verteilung der Erdölrente.

Die Wirtschaft zu diversifizieren, den Reichtum wirklich umzuverteilen und einen produktiven Sozialismus aufzubauen – daran scheiterte die Regierung trotz günstiger finanzieller und politischer Rahmenbedingungen. Hierin zeigt sich aber auch ein grundsätzliches Problem bei der verbreiteten Forderung, rohstoffreiche Länder des globalen Südens sollten ihre Wirtschaft diversifizieren. Lebt ein bedeutender Teil der Bevölkerung in Armut ist es einigermaßen elitär, einen Konsumverzicht in der Gegenwart zu fordern, um mittelfristig andere Wirtschaftszweige aufzubauen. Dies scheint nur sinnvoll möglich zu sein, wenn zeitgleich strukturelle Veränderungen wie die effektive Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen vorgenommen werden. Doch auch der Chavismus hat dies nicht vermocht. Der Großteil des Steueraufkommens besteht in indirekten Abgaben wie der Mehrwert- oder Alkohol-



Ein Wandbild von Jorge Rodríguez Gerada in San Telmo/Buenos Aires drückt die desolante Wirtschaftssituation in Venezuela aus. Foto: Kenuchofoto (Kenneth Rodríguez) CC-BY-SA-4.0

steuer. Bereits ab 2009, als die weltweite Finanzkrise für einen vorübergehenden Einbruch der Rohölpreise sorgte, verbesserte sich die soziale Situation der meisten Menschen in Venezuela nicht mehr. Nach Chávez' Tod 2013 und vor allem mit dem neuerlichen Einbruch der Rohölpreise sowie einem deutlichen Rückgang der Fördermenge ab 2014 setzte dann eine Abwärtsspirale ein, aus der die Regierung Maduro bis heute keinen Ausweg gefunden hat. Die chavistischen Errungenschaften sind weitgehend verschwunden, die meisten *misiones* sind, wenn überhaupt, nur noch schwach ausgeprägt. Die Armut ist heute wahrscheinlich deutlich größer als in den 1990er Jahren, glaubwürdige Statistiken dazu gibt es nicht.¹⁷ Mit einer möglichen Machtübernahme der rechten Opposition würde sich an den strukturellen Problemen allerdings nichts ändern, sondern schlicht eine andere Klientel an die Erdöltöpfe gelangen. Der „Erdölkonsens“ in Venezuela zeigt sich beispielsweise daran, dass bei vorangegangenen Wahlen sowohl die

- 15 Die 2003 (wieder) eingeführten Devisenkontrollen sollten eigentlich Kapitalflucht unterbinden. Zwischenzeitlich legte die Regierung dann je nach Zweck des Devisentausches unterschiedliche Wechselkurse fest. Zugang zu dem extrem niedrigen Präferenzkurs hatten vor allem Militärs, denen Maduro den Import von Lebensmitteln anvertraut hat. Das durch dieses Wechselkurssystem geschaffene Korruptionspotential war immens. Wer zum präferenziellen Kurs erhaltene US-Dollar illegal auf dem Schwarzmarkt tauschte, konnte zwischenzeitlich mit sagenhaften Gewinnspannen von mehreren zehntausend Prozent rechnen.
- 16 Der Widerstand der alten Eliten war dennoch beträchtlich und reichte von Sabotage innerhalb der Institutionen, über den gescheiterten Putsch 2002 und den Erdölstreik 2003/2004 bis zum Abberufungsreferendum gegen Chávez, das dieser 2004 gewann. Anschließend gelang es der Regierung, sich zu konsolidieren. Nach der von der rechten Opposition boykottierten Parlamentswahl 2005 konnte Chávez jahrelang ohne nennenswerten institutionellen Gegenwind agieren.
- 17 Sowohl die nur sporadisch veröffentlichten Regierungszahlen als auch private Erhebungen unterliegen dem Verdacht, politisch gefärbt zu sein. Dies trifft auch auf eine häufig zitierte Statistik aus dem universitären Bereich zu, nach der 2020 gemessen an der Einkommenssituation 96 Prozent der Venezolaner*innen in Armut und 76 Prozent in extremer Armut lebten. Unter Berücksichtigung weiterer Variablen wie (praktisch) kostenloser staatlicher Dienstleistungen leben demnach 65 Prozent in Armut (ENCOVI 2020).



Noch unberührt: Im Orinoko-Delta lagern große Schwerölvorkommen. Foto: Antolin Martínez A. (CC BY-SA 3.0)

Regierung als auch die Opposition eine Erhöhung der Erdölförderung von drei auf sechs Millionen Barrel täglich versprochen. Liegen die meisten erschlossenen Erdölfelder bisher im Norden des Landes, sollten dafür die Förderung der Schwerölvorkommen im südlichen Orinoko-Delta ausgeweitet werden, die sich nur bei anhaltend hohen Erdölpreisen lohnt. Mittlerweile fördert Venezuela aufgrund des wirtschaftlichen Niedergangs, schlechter Wartung der Anlagen, fehlendem Personal und den US-Sanktionen nicht einmal mehr 400.000 Barrel pro Tag. Zudem kann das Land wegen fehlender eigener Raffineriekapazitäten den internen Bedarf an Benzin nicht mehr eigenständig decken.

Vom Erdöl zum Bergbau?

Um kurzfristig die Einnahmesituation zu verbessern, verfolgt die Regierung vor allem ein Ziel: Die massive Ausweitung des Bergbaus im sogenannten Minenbogen des Orinoko (siehe Kasten), der bisher nur sehr geringe wirtschaftliche Bedeutung hatte. Neben der Kohleförderung in Zulia, sind legale und illegale Kleinschürfer:innen sowie vereinzelt Bergbaukonzerne im südlichen Bundesstaat Bolívar aktiv. Doch verfügt Venezuela über bedeutende Vorkommen an Gold, Kupfer, Diamanten, Eisen, Bauxit und Coltan, die noch weitgehend unerschlossen sind (World Mining Data 2020: 263).

Die Pläne sind hoch umstritten und von großer Intransparenz geprägt. Ein Zusammenschluss kritischer Akademiker:innen, Aktivist:innen und Ex-Minister:innen unter Chávez bezeichnet das Vorhaben als „Ökozid“. Auch umweltpolitische und indigene Gruppen sowie die rechte Opposition lehnen die geplanten Bergbauaktivitäten und den von der Regierung genutzten Begriff „umweltverträglicher Bergbau“ ab. Sie befürchten unter anderem eine teilweise Entwaldung sowie hohen Wasserverbrauch und -verschmutzung. Auch die derzeitige Situation ist aufgrund fehlender staatlicher Regulierung jedoch problematisch. Laut Schätzungen arbeiten im irregulären Kleinbergbau insgesamt zwischen 25.000 und 200.000 Menschen (Antillano / Fernández-Shaw / Castro, Damelys 2018: 152). Das Gebiet des Minenbogens ist schwer zugänglich, von mafösen Strukturen durchzogen und die dortigen Arbeitsverhältnisse sind von fehlenden Sicherheitsstandards sowie umweltschädlichen Fördermethoden geprägt. Im Jahr 2016 verbot die Regierung zwar die Verwendung von Quecksilber, in

der Praxis ist dies jedoch nur schwierig durchsetzbar (ebd.: 153). Wirtschaftlich betrachtet könnte die Regierung kurzfristig zwar zusätzliche Einnahmen erzielen. Aufgrund der US-Sanktionen gegen das Land ist es jedoch zurzeit kaum möglich, ausreichend Investitionen anzuziehen. Vieles spricht dafür, dass dadurch der illegale Bergbau unter ausdrücklicher Tolerierung der Regierung und des Militärs gestärkt wird. Die Abhängigkeit von Rohstoffen bleibt durch die Bergbaupläne der Regierung in jedem Fall bestehen.

In der Vergangenheit kam es regelmäßig zu Zusammenstößen zwischen Militärs, Polizei und informellen Schürfer:innen mit tödlichem Ausgang. Mit der geplanten Ausweitung des Bergbaus ist es wahrscheinlich, dass die Konflikte zunehmen werden. Dies beträfe direkt den Lebensraum indigener Gruppen wie der De'áruwa, Mapoyo, Wayapopihíwi, E'ñepa und Ye'kuana. Eine in Artikel 129 der Verfassung vorgeschriebene Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie wurde bisher nicht durchgeführt. Auch über die laut Artikel 120 der Verfassung und der ILO-Konvention 169 zum Schutze indigener Völker vorgeschriebene „freie, vorherige und informierte Konsultation“ der betroffenen Indigenen ist nichts bekannt.

**Die Abhängigkeit vom
Extraktivismus bleibt durch die
Bergbaupläne der Regierung in
jedem Fall bestehen.**

Umweltkonflikte fernab der Städte

Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern spielen sozial-ökologische Konflikte in Venezuela eine geringe Rolle und werden häufig durch die Verteilung der Erdölrente befriedet oder entschärft. Eine schlagkräftige Umweltbewegung gibt es abgesehen von wenigen NGOs, akademischen Kreisen und einigen indigenen Gruppen nicht. Etwa 95 Prozent der venezolanischen Bevölkerung lebt in Städten fernab der Umweltkonflikte und bekommt von den ökologischen Auswirkungen des Erdöl- und Bergbausektors meist nur sehr wenig mit. Dass der Maracaibo-See im Westen des Landes bereits seit Jahrzehnten durch austretendes Erdöl völlig verschmutzt ist, sorgt außerhalb der direkt betroffenen Gebiete kaum für Aufsehen. Durch den jüngsten Niedergang der Erdölindustrie steigt die Gefahr vor weiteren Verschmutzungen. So kam es 2020 etwa zum unkontrollierten Austritt von Erdöl entlang der Karibikküste im Bundesstaat Falcón.¹⁸

Die Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte (OCMAL) zählt für Venezuela lediglich zwei (größere) Bergbaukonflikte: Das Minenprojekt Brisas-Cristinas im südlichen Bundesstaat Bolívar, das die Süßwasserreserven der Region bedroht sowie die Kohleförderung im nordwestlichen Bundesstaat Zulia. Dort konnte die indigene Gruppe der Yukpa 2015 einen Teilerfolg erringen, als die Regierung nach Protesten die mit chinesischem Kapital geplante Ausweitung der Kohleförderung stoppte. Venezolanische Zählungen kommen hingegen auf insgesamt 31 sozio-ökonomische Rohstoffkonflikte in der chavistischen Ära, von denen 14 auf Bergbau und nur sieben auf Erdöl zurückgehen (Teran Mantovani: 34 ff.).

Indigene Gruppen, die weniger als drei Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind in 15 der Konflikte involviert und damit überproportional betroffen. Auf der anderen Seite betreiben Indigene teilweise auch selbst Bergbau (Antillano / Fernández-Shaw / Castro 2018: 152). Der Kriminologe Andrés Antillano, der umfassend zu struktureller Gewalt in marginalisierten Gebieten geforscht hat, weist zudem auf einen allgemeinen Zusammenhang zwischen Rohstoffabhängigkeit und staatlicher Gewalt hin. Die Repression in den städtischen Armenvierteln nehme immer zu, wenn der Erdölpreis über einen längeren Zeitraum falle. Dadurch ließe sich teilweise die unter der Regierung von Nicolás Maduro vor allem in den Armenvierteln stark angestiegene Polizeigewalt erklären (Antillano 2020).

Indigene sind überproportional von Bergbaukonflikten betroffen.

Umstrukturierung des Extraktivismus?

Venezuelas Neuausrichtung in der Bergbaupolitik brachte der amtierende Präsident Nicolás Maduro am 24. Februar 2016 auf den Weg: Per Dekret schuf er im dünn besiedelten Süden des Landes die „Nationale Strategische Entwicklungszone des Minenbogens des Orinoko“. Das ökologisch sensible Gebiet, das mit 112.000 Quadratkilometern (km²) etwa zwölf Prozent der Landesfläche entspricht (circa ein Drittel der Fläche Deutschlands) umfasst acht Millionen Hektar Waldfläche und 70 Prozent der Süßwasservorräte Venezuelas. In Artikel 25 garantiert das Dekret den im Minenbogen tätigen Unternehmen eine ungestörte Geschäftstätigkeit und legt fest, dass dem Abbau der Rohstoffe „kein privates Interesse“ entgegenstehen dürfe.

Hugo Chávez selbst hatte das Gebiet im Jahr 2011 abgesteckt, eine unmittelbare wirtschaftliche Erschließung war jedoch nicht geplant. Das Dekret ermöglicht es der Regierung Maduro, zahlreiche Sonderregeln für Unternehmen zu schaffen, darunter Vorzugsbehandlungen in den Bereichen Steuern, Bürokratie, Importe und Zölle. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, durch einen „umweltverträglichen Bergbau“ zur wirtschaftlichen, produktiven und sozialen Entwicklung des Landes beizutragen.

Laut offiziellen Angaben wollen sich 150 Unternehmen aus 35 Ländern beteiligen, darunter viele transnationale Unternehmen wie die kanadischen Gold Reserve oder Barrick International. Sie müssen Joint Ventures eingehen, an denen der venezolanische Staat jeweils 55 Prozent hält. Zudem mischt das Militär über die im Februar 2016 neu gegründete Gesellschaft Camimpeg auch im Bergbau mit. 60 Prozent der staatlichen Einnahmen sollen in Sozialprogramme fließen. Über die tatsächliche Entwicklung der Pläne ist wenig bekannt. Trotz der investorenfreundlichen Gesetzgebung sind kaum gesicherte Informationen über Investitionen bekannt (Peters: 216). Die Tätigkeit in dem Gebiet geht weiterhin vorwiegend von Kleinschürfer:innen aus, die zum Beispiel Gold an den Staat verkaufen (Mantovani 2018).

3. Bolivien und Ecuador: Vertane Alternativen



Indigene tragen ihren Protest in Ecuador und Bolivien auf die Straßen: wie hier in den Straßen von El Alto/Bolivien mit der indigenen Fahne Wiphala. Foto: boerries nehe (CC BY-NC 2.0)

Ein anderes Bild als in Venezuela zeigte sich anfangs unter den linken Regierungen in Bolivien und Ecuador. Beide Länder weckten ab 2005 beziehungsweise 2008 Hoffnung auf eine postextraktivistische Entwicklung. Nach Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik und politischer Instabilität wurden mit Evo Morales und Rafael Correa jeweils Präsidenten ins Amt gewählt, die auf breiten Rückhalt sozialer Bewegungen zählen konnten. Die Anfangszeit beider Regierungen war nicht nur durch antineoliberale, sondern auch ökologische Diskurse geprägt, die das vorherrschende Entwicklungsmodell grundlegend in Frage stellten. Diese Diskurse waren stark durch indigene Vorstellungen beeinflusst. In Bolivien stellt die indigene Bevölkerung die Mehrheit, in Ecuador etwa 35 Prozent (Fatheuer 2011). Sowohl Bolivien als auch Ecuador verabschiedeten neue Verfassungen, die weitgehende Anknüpfungspunkte für postextraktivistische Politik enthielten (Gudynas 2009b).

Neue Verfassungen mit postextraktivistischem Ansatz

Die 2009 in Bolivien in Kraft getretene Verfassung sieht eine Neugründung Boliviens als „Plurinationaler Staat“ vor und knüpft ausdrücklich an indigene Traditionen der Andenregion wie das Suma Qamaña (auf Spanisch: Buen Vivir /Vivir Bien, etwa: gutes/erfülltes Leben) an (siehe Kasten). Laut Artikel 33 des Verfassungstextes haben die Menschen das „Recht auf eine gesunde, geschützte und ausgewogene Umwelt.“ Staat und Bevölkerung kommt die Aufgabe zu, „die natürlichen Ressourcen und die Biodiversität zu erhalten, zu schützen und nachhaltig zu nutzen, sowie das Gleichgewicht der Umwelt aufrechtzuerhalten“ (Art. 342). Auch die Rechte von Indigenen sowie Kleinbäuerinnen und Kleinbauern

nehmen in dem Verfassungstext breiten Raum ein. In Regierungsdiskursen spielten „Pachamama“ (etwa: „Mutter Erde“) und Vivir Bien bis 2019 eine bedeutende Rolle. Auf internationaler Ebene fiel die bolivianische Regierung als Befürworterin eines stärkeren Klimaschutzes auf. Mehrere Gesetze thematisieren die Rechte der Natur und den Schutz der Biodiversität, darunter das 2012 verabschiedete „Rahmengesetz über Mutter Erde und ganzheitliche Entwicklung für Gutes Leben“. Vor allem verlieh die Regierung Morales der indigenen Bevölkerungsmehrheit eine symbolische und materielle Anerkennung, die ihr die weiße Elite des Landes seit der Kolonialzeit verwehrt hatte.

Auch in der ecuadorianischen Verfassung von 2008 beziehen sich zahlreiche Artikel ausdrücklich auf den Schutz der Umwelt. „Sumak kawsay“ („Buen vivir“) ist als Leitprinzip etabliert, die Natur sogar als eigenes Rechtssubjekt anerkannt. Damit ist die ecuadorianische Verfassung in dem Punkt weitgehender als die bolivianische und lässt einen Bruch mit den traditionellen Entwicklungsparadigmen möglich erscheinen (Gudynas 2009).

In der politischen Praxis hingegen zeigten sich in beiden Ländern bald schon deutliche Widersprüche, die zumindest der bolivianischen Verfassung bereits eingeschrieben sind. So heißt es etwa in Artikel 355: „Die industrielle Nutzung und Vermarktung der natürlichen Ressourcen ist eine Priorität des Staates.“ Diese solle aber „nachhaltig“ erfolgen und dabei „die Eigenschaften und der natürliche Wert jedes Ökosystems“ berücksichtigt werden (Art. 380). Somit bildet der Verfassungstext das Spannungsfeld zwischen indigener Kosmologie, die den ganzheitlichen Schutz und die nachhaltige Nutzung der Natur beinhaltet, und einem klassischen Entwicklungsmodell ab.

Bolivien: Industrialisierung durch Extraktivismus

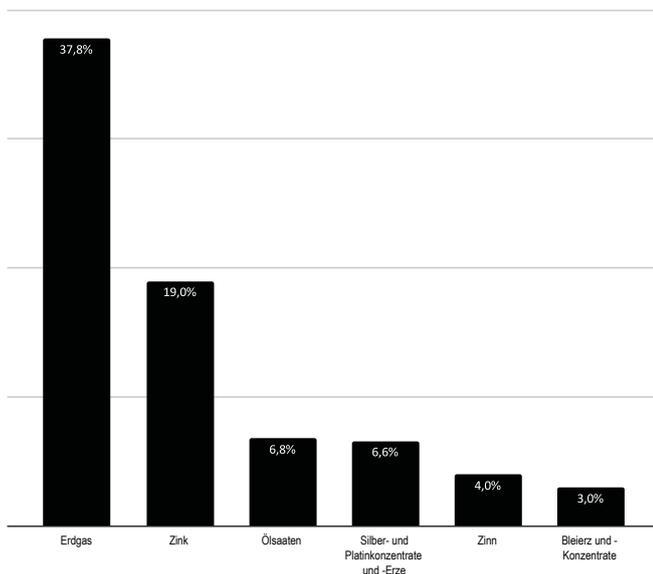
Die Regierung Morales argumentierte, dass der Extraktivismus zunächst vertieft werden müsse, um eines Tages überwunden zu werden. Der Soziologe Álvaro García Linera, Vizepräsident unter Evo Morales, profilierte sich dabei über Bolivien hinaus als einer der vehementesten Verteidiger des Extraktivismus als Entwicklungsstrategie. Im Kapitalismus diene die Zerstörung der Natur dem Streben nach Profit. Ein einzelnes Land wie Bolivien, könne sich entgegen den Behauptungen der Kritiker:innen des Extraktivismus aber gar nicht aus der kapitalistischen globalen Arbeitsteilung lösen. Extraktivismus sei keine Produktionsweise, sondern könne in unterschiedlichsten Systemen existieren und stelle daher „kein Ziel an sich“ dar, könne aber „der Ausgangspunkt für seine eigene Überwindung“ sein (García Linera 2009: 107). Um die „koloniale Unterordnung zu durchbrechen“, reiche es „eben nicht aus, den Extraktivismus vollmundig zu beschimpfen, aufzuhören zu produzieren und das Volk ins größte Elend zu stürzen, damit danach die Rechten an die Macht kommen“ (ebd.: 107 f.). Bolivien habe schlicht kein anderes technisches Mittel zur Verfügung, um kurzfristig Wohlstand zu generieren und zu verteilen. Mittelfristig sollte die Wertschöpfung im Land bleiben und nur noch industriell verarbeitete Rohstoffe exportiert werden (ebd.).

Bolivien

Anteil des Bergbaus am BIP: 11 Prozent (2019)

Bedeutende Rohstoffe: Rohstoffe: Erdgas, -öl, Lithium, Zink, Blei, Zinn, Kupfer, Gold und Silber

Wichtigste Exportprodukte (Stand 2018):



Quellen:

https://estadisticas.cepal.org/cepalstat/Perfil_Nacional_Economico.html?pais=BOL&idioma=spanish, World Mining Data 2020: 203

In García Lineras Analyse zeigt sich der in praktisch allen rohstoffreichen Ländern bestehende Grundkonflikt zwischen der unmittelbar notwendigen Bekämpfung der Armut auf der einen sowie Strategien, die mittelfristig die Abhängigkeit von Rohstoffen verringern und die Wirtschaft diversifizieren auf der anderen Seite. Doch lässt García Linera in seinen Schlussfolgerungen außer Acht, dass auch die Kritiker:innen des Extraktivismus keineswegs einen sofortigen Stopp jeglicher extraktiver Tätigkeit fordern.¹⁹ Dass die Bolivianer:innen ins „größte Elend“ gestürzt werden sollten ist somit vor allem Polemik. Kritiker:innen halten García Linera entgegen, dass eine Ausweitung extraktiver Tätigkeiten gerade die Bedingungen für eine Überwindung der Rohstoffwirtschaft untergrabe, weil sich dadurch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen des Extraktivismus weiter verfestigten.

Keine Überwindung des Extraktivismus



Demonstration gegen den Straßenbau durch das indigene Schutzgebiet TIPNIS. Foto: Dani Gu (CC BY-NC 2.0).

In der Praxis geschah genau das, auch wenn Bolivien im Vergleich zu anderen Ländern ökonomisch vergleichsweise stabil blieb. Das Land hat eine lange Bergbautradition, die bis in die Kolonialzeit zurückreicht und verfügt über große Vorkommen an Rohstoffen wie Erdgas, Lithium, Zink, Blei, Zinn, Kupfer, Gold und Silber (World Mining Data 2020: 203). Insgesamt macht der Export von Rohstoffen mehr als 80 Prozent aus.²⁰ Morales setzte sich ausdrücklich zum Ziel, die Ressourcen des Landes weiter zu erschließen. Seit 2005 hatte die Regierung zunehmend die Kontrolle über die heimische Rohstoffförderung gewonnen und konnte die staatlichen Einnahmen vor allem des Gasverkaufs steigern. Vorangegangen waren Massenmobilisierungen gegen die neoliberale Rohstoffpolitik der Vorgängerregierungen (Fritz 2006).

Im Zentrum der Entwicklungsstrategie der Regierung Morales standen strategische Megaprojekte, die auf einer Vertiefung des Extraktivismus beruhen. Dazu gehörten etwa die Ausweitung des Bergbaus und hier insbesondere der Lithiumförderung (siehe Kasten auf Seite 26) sowie die Expansion der Weide- und Agrarflächen für die industrielle Landwirtschaft im östlichen Tiefland (vor allem Monokulturen von gentechnisch verändertem Soja). Zudem wurden Wasserkraftwerke, Straßen und ein Atomkraftwerk geplant (Svampa: 93). Die Projekte sollten mit internationalem Know How und Investitionen transnationaler Konzerne durchgeführt werden. Die strategische Kontrolle sowie der Großteil der Einnahmen sollten jedoch beim bolivianischen Staat verbleiben und für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft und die Bekämpfung der Armut eingesetzt werden. Politisch stabilisierend wirkten zudem Bündnisse, die Morales mit Teilen der alten Eliten einging.

19 Gudynas (2012) etwa macht pragmatische Vorschläge zur stufenweisen Überwindung des Extraktivismus, auf die sich viele Kritiker:innen in der Debatte beziehen. Dazu ausführlicher im Schlusskapitel.

20 https://estadisticas.cepal.org/cepalstat/Perfil_Nacional_Economico.html?pais=BOL&idioma=spanish



Demonstration gegen die Ausweitung des Bergbaus im ecuadorianischen Intag-Tal. Foto: Agencia de Noticias ANDES (CC BY-SA 2.0)

Die Förderung natürlicher Ressourcen und insbesondere Rückstände aus Bergbauaktivitäten haben trotz verschärfter Auflagen aber weiterhin negative Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt in den betroffenen Regionen. Eine verbreitete Folge ist die Kontaminierung von Böden und Gewässern. Auch führte die Ausweitung des Extraktivismus zu einer erhöhten Konfliktivität.

Die symbolträchtigste Auseinandersetzung betrifft den geplanten Bau der Fernstraße, die das bolivianische Hochland mit dem Tiefland bis nach Brasilien verbinden soll (Paz 2012). Ziel des Straßenbaus ist die bessere Anbindung der Andenregion für den Warentransport. Die Strecke würde direkt durch das artenreiche indigene Schutzgebiet Territorio Indígena y Parque Natural Isiboro Securé (TIPNIS) führen, ein Teil der Straße ist bereits gebaut. Die in dem Gebiet lebenden indigenen Gruppen der Yuracaré, Mojeño Trinitario und Chimán fühlen sich durch den geplanten Bau bedroht und fürchten, dass illegale Holzfäller oder Erdölfirmen auf ihre Territorien vordringen könnten. Auch werfen sie der Regierung Morales vor, eine Ausweitung des Kokaanbaus durch im TIPNIS bereits ansässige Siedler:innen anzustreben. 2011 organisierten Bewohner:innen der Region einen 500 Kilometer langen Protestmarsch nach La Paz. Ein daraufhin verabschiedetes Gesetz soll einen Straßenbau direkt im TIPNIS verhindern. Vom Tisch sind die Pläne jedoch nicht, der Konflikt dauert weiter an.

Vorwurf des „Umweltkolonialismus“

Im Vergleich zur Situation in vielen seiner Nachbarländer, stellt Bolivien für Land- und Umweltaktivist:innen in der Regel aber kein lebensbedrohliches Umfeld dar. Die internationale Nichtregierungsorganisation Global Witness zählte für das Jahr 2019 einen Mord an Umweltschützer:innen (Global Witness 2020). Doch der Widerspruch zwischen dem auf Extraktivismus basierenden Wirtschaftsmodell und der Stärkung indigener Prinzipien wie der Bewahrung der Natur führt immer wieder zu Konflikten und Kriminalisierung. Kritiker:innen des Extraktivismus werden regelmäßig als Feinde des Fortschritts verunglimpft, da die Regierung die Förderung der Rohstoffe als unabdingbar darstellt, um das Land wirtschaftlich zu entwickeln und die Armut zu überwinden. Ex-Vizepräsident García Linera sieht hinter der Kritik am Extraktivismus pauschal den „Schatten der konservativen Restauration“ (García Linera 2009: 110). Während seiner Amtszeit griff er Kritiker:innen häufig frontal an, bezeichnete sie als „Verräter“ und warf kritischen Nichtregierungsorganisationen vor, „Umweltkolonialismus“ zu betreiben sowie die Interessen der internationalen Rechten zu vertreten (Svampa: 104, Paredes: 48). Und es blieb nicht bei Worten: Das Gesetz 367 vom Mai 2013 sieht Haftstrafen von vier bis acht Jahren bei Behinderung des Bergbaus vor und legalisiert damit die Kriminalisierung des sozialen

Protests. Das Bergbaugesetz von 2014 stellt in den Artikeln 99 und 100 individuelle und kollektive Aktivitäten zur Behinderung der Minenaktivität unter Strafe. Diese Gesetze dienen einerseits als Drohung und werden andererseits bei Protesten gegen den Bergbau konkret angewendet, um exemplarisch Anführer:innen sozialer Protestbewegungen zu belangen (OCMAL 2016: 66 ff).

Ecuador: Ausweitung des Extraktivismus entgegen den Verfassungszielen

Unter dem Slogan „Bürgerrevolution“ verfolgte die Regierung von Rafael Correa in Ecuador anfangs eine Politik, die konkrete post-extraktivistische Elemente enthielt. Dies war auch dem Einfluss von Alberto Acosta geschuldet, der 2007 für kurze Zeit Minister für Bergbau und Energie und anschließend Präsident der Verfassunggebenden Versammlung war. Für Aufsehen sorgte 2007 sein gemeinsam mit sozialen Bewegungen ausgearbeiteter Vorschlag, im artenreichen Yasuní-Nationalpark auf die Förderung von Erdöl zu verzichten, sofern von internationaler Seite 3,6 Milliarden US-Dollar als Kompensation aufgebracht würden. Correa ließ sich auf den Vorschlag ein, der anschließend mehrere Jahre lang offizielle Regierungslinie war, letztlich aber scheiterte (siehe Kasten Yasuní Initiative).

Spätestens ab 2012 forcierte die Regierung Correa die Ausweitung des Extraktivismus sowie den Aufbau eines industriellen Bergbausektors als strategischen Wirtschaftssektor und vergab zahlreiche Konzessionen zur Exploration von Lagerstätten. Ähnlich wie Venezuela und Bolivien baute Ecuador die Staatsausgaben aus und investierte in Sozialpolitiken, Bildung und Gesundheit. Die Staatsausgaben verdoppelten sich zwischen 2003 und 2015, der Haushalt für Bildung und Gesundheit wuchs um 117 beziehungsweise 177 Prozent (Maldonado/ Bravo/ Sáenz 2019: 241). Und genau wie in Bolivien zielte der Regierungsdiskurs nach wenigen Jahren darauf ab, den Extraktivismus langfristig durch Investitionen in Wissenschaft und Technologie zu überwinden (ebd.: 242).

Die geplante Ausweitung extraktiver Projekte unter der Regierung Correa blieb hinter den eigenen Ambitionen zurück.

Umweltkonflikte und Kriminalisierung



Noch immer gibt es Ölrückstände im ecuadorianischen Amazonasgebiet, Folge der jahrzehntelangen Verschmutzung durch den Mineralölkonzern Texaco (heute Chevron). Foto: Jessica Zeller

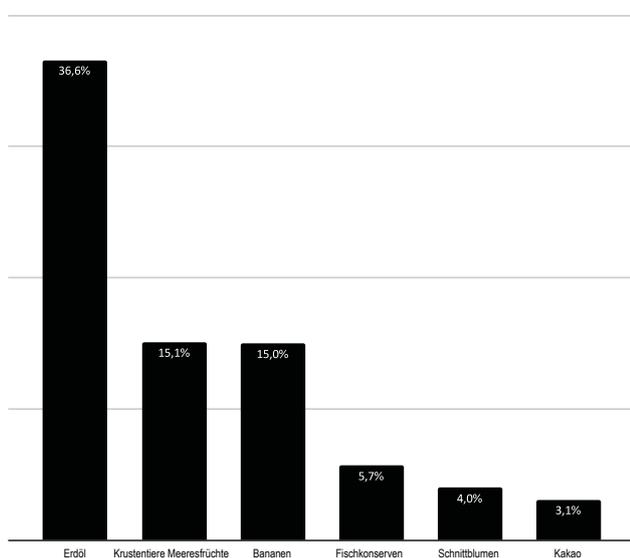
Ecuador ist vor allem für den Export von Erdöl, Bananen, Fisch, Kaffee, Kakao und Blumen bekannt. Rohstoffe machen etwa 80 Prozent der gesamten Exporte aus, wobei Erdöl mit mehr als einem Drittel den größten Anteil an den Gesamtexporten hat.²¹ Laut Schätzungen werden die bekannten Erdölvorräte des Landes in fünf bis 20 Jahren erschöpft sein. An Bergbauprodukten verfügt Ecuador vor allem über Gold und Kupfer (World Mining Data 2020: 215). Großflächiger Bergbau spielte in Ecuador bisher jedoch nur eine geringe Rolle. Die Regierung Correa plante die Umsetzung von fünf Großbergbau-Projekten, an denen internationale Investor:innen beteiligt sind.²² Zudem sollten mehrere Erdölfelder neu erschlossen, beziehungsweise bestehende Förderung ausgebaut werden, darunter im Yasuní-Nationalpark. Auch investierte die Regierung in Straßenverbindungen und Wasserkraftwerke (Maldonado/ Bravo/ Sáenz 2019: 242).

In der Realität blieb die Correa-Regierung jedoch hinter den ambitionierten Plänen zurück. Von den fünf geplanten Bergbauprojekten bestehen nur in zwei Fällen konkrete Verträge.²³ Der Bau einer geplanten Raffinerie an der Pazifikküste konnte nicht umgesetzt werden, weil Kredite ausblieben und auch die Ausweitung der Erdölförderung nicht in erwartetem Ausmaß stattfand. Die bestehenden Projekte haben jedoch zu zahlreichen umweltrechtlichen und sozialen Konflikten in den jeweiligen Regionen geführt.

ECUADOR

Anteil des Bergbaus am BIP: 6 Prozent (2019)
Bedeutende Rohstoffe: Erdöl, Gold Kupfer

Wichtigste Exportprodukte (Stand 2018):



Quellen:
https://estadisticas.cepal.org/cepalstat/Perfil_Nacional_Economico.html?pais=ECU&idioma=spanish, World Mining Data 2020: 215

Teile der ecuadorianischen Bevölkerung befürchten, dass die Gefahr weiterer Umweltzerstörung steigt, wenn die geplanten Megaprojekte umgesetzt werden. In schlechter Erinnerung geblieben ist die jahrzehntelange Verschmutzung durch den Mineralölkonzern Texaco (heute Chevron) im nordöstlichen Amazonasgebiet, die zu teils irreversiblen ökologischen Schäden geführt hat. Zwischen 1964 und 1992 waren gut 60.000 Tonnen Ölrückstände und über 55.000 Tonnen Rohöl in die Umwelt gelangt. Dies zerstörte Regenwald und vergiftete Böden, Flüsse sowie Lagunen. Zwar wurde Chevron in Ecuador zu Schadensersatz in Höhe von insgesamt 18 Milliarden US-Dollar verurteilt, durchsetzen ließ sich das Urteil jedoch nicht.

In den vergangenen 25 Jahren gab es in vielen Provinzen Initiativen gegen industrielle Landwirtschaft und Proteste gegen Erdöl- und Bergbauprojekte, die zu einigen Erfolgen führten. Mittels erfolgreicher Volksbefragungen und Protesten konnten mehrere Projekte verhindert oder verlangsamt werden. Mitte der 1990er Jahre gelang es der lokalen Bevölkerung in der ökologisch sensiblen Intag-Region im Norden des Landes, den japanischen Bergbaukonzern Bishimetals und die kanadische Copper Mesa daran zu hindern, geplante Projekte umzusetzen. Heute wehren sich die Menschen vor Ort gegen die Pläne des staatlichen Bergbauunternehmens ENAMI, gemeinsam mit dem chilenischen Konzern CODELCO Kupfer in der Region auszubeuten. Politischer Aktivismus ist in Ecuador im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern jedoch weniger gefährlich. Von den 202 laut Global Witness im Jahr 2019 begangenen Morden an Umwelt- und Landaktivist:innen, fand keiner in dem Andenland statt. In den vergangenen Jahren gab es allerdings zahlreiche Konflikte insbesondere zwischen der Regierung und sozialen Bewegungen, die sich gegen Großprojekte im Rohstoffbereich einsetzen. Unter der

21 https://estadisticas.cepal.org/cepalstat/Perfil_Nacional_Economico.html?pais=ECU&idioma=spanish

22 Die fünf Großprojekte, an denen unter anderem chinesische und kanadische Bergbaufirmen beteiligt sind, befinden sich in unterschiedlichen Planungsstufen. Es handelt sich um die Minen Cóndor-Mirador und Fruta del Norte in der südöstlichen Provinz Morona Santiago, Río Blanco und Loma Larga in der zentralen Andenprovinz Azuay sowie das Projekt San Carlos de Panantza in der südöstlichen Provinz Morona Santiago.

23 Konkrete Verträge bestehen nur bei den Projekten Cóndor Mirador und Fruta del Norte.

Präsidentschaft von Rafael Correa nahm die Kriminalisierung sozialer Proteste und der Arbeit sozialer, ökologischer und indigener Bewegungen deutlich zu. Betroffen waren zivilgesellschaftliche Gruppen wie die Umweltorganisation *Acción Ecológica* oder die *YASunidos*, die gegen die Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark protestieren und sich kritisch mit der Rohstoffpolitik der Regierung auseinandersetzen. Die Regierung Correa beschuldigte sie und andere Organisationen immer wieder, eine politische Destabilisierung herbeiführen zu wollen und einen „infantilen Ökologismus“ zu vertreten. Die Ausweitung des Bergbaus führte auch zu Gewalt. Gegen verschiedene indigene Proteste ging die Regierung mit dem Militär vor. Ein besonders starker Konflikt besteht mit der indigenen Gruppe der Shuar, die in der südwestlichen Provinz Morona Santiago gegen Bergbau protestiert. Mehrere Indigene wurden von Soldaten getötet und Führungspersonlichkeiten der Shuar zu Haftstrafen von bis zu zehn Jahren verurteilt (OCMAL 2016: 61 ff., Svampa 2020: 104). In einem offenen Brief machten die Shuar Anfang 2017 auf die Situation aufmerksam. „Unser Urwald wurde mit Tränen, Angst und Blut befleckt. Die Pfade, die wir in Frieden begingen, sind unsicher und gefährlich geworden“, heißt es darin. „Warum verkünden sie bei uns den Ausnahmezustand, anstatt mit uns zu reden um zu ermitteln, um die Gewalt zu stoppen, um den dunklen Kräften die Türen zu verschließen? Warum dringen sie in unsere Häuser ein? Warum lassen sie uns nicht in Frieden leben? Die Antwort, die wir erhalten, ist, dass wir angesichts des nationalen Interesses nur eine Handvoll folkloristischer und terroristischer Indios sind und nicht verstehen, was *Buen Vivir* bedeutet. Und schon gar nicht *Sumak Kawsay* oder das Projekt der Bürgerrevolution.“²⁴

Rechtsruck und Extraktivismus

Seit 2015 befindet sich auch Ecuador in einer Wirtschaftskrise, die eine Verschlechterung der sozialen Lage nach sich zieht. Die seit 2017 amtierende Regierung unter Lenín Moreno leitete zunächst einige Korrekturen ein, um die negativen Auswirkungen der Rohstoffausbeutung zu minimieren. Bei einem von ihr initiierten Referendum sprach sich im Februar 2018 die Mehrheit der Bevölkerung für eine Ausweitung des geschützten Teils des Yasuní-Nationalparks und für eine Einschränkung der dort vorgesehenen Erdölförderung sowie für ein Verbot des Bergbaus in Schutzgebieten aus. Mehrere Organisationen, die zuvor vorübergehend oder dauerhaft ihre Registrierung verloren hatten, können heute wieder legal arbeiten, darunter etwa die *Fundación Pachamama*, die sich für die Rechte von Indigenen im Amazonas-Gebiet einsetzt. Moreno hält aber grundsätzlich am strategischen Aufbau einer Bergbauindustrie fest und vollzog schon bald nach seinem Wahlsieg einen Rechtsruck und eine neoliberale Kehrtwende, obwohl er im Wahlkampf noch von Rafael Correa unterstützt worden war. Aufgrund der wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung der aktuellen Regierung bleiben viele der Konfliktlinien um extraktive Projekte bestehen.

Auch in Bolivien fand zunächst ein Rechtsruck statt. Die Armeeführung erzwang im November 2019 den Rücktritt von Evo Morales und seiner Regierung, nachdem es infolge der umstrittenen Präsidentschaftswahl zu wochenlangen Protesten gekommen war (Lambert 2019 b).²⁵ Die rechten politischen Kräfte, die nun den Machtanspruch in Bolivien erhoben, hatten freilich kein Interesse daran, den Extraktivismus zu überwinden. Neben der Kontrolle der Bodenschätze ging es den traditionellen Eliten von Anfang an auch darum, die unter dem ersten indigenen Präsidenten Boliviens erreichten anticolonialen und sozialen Fortschritte zu beseitigen. Ein Jahr lang hielt sich eine *De-facto*-Regierung unter der zuvor weitgehend unbekanntem Politikerin Jeanine Áñez an der Macht. Seit November 2020 stellt wieder Morales' Partei Bewegung zum Sozialismus (MAS) die Regierung.

Luis Arce und der indigene Vize David Choquehuanca gewannen die mehrfach verschobene Präsidentschaftswahl mit 55 Prozent der abgegebenen Stimmen überraschend deutlich bereits in der ersten Runde. Es ist zu erwarten, dass Arce, der unter Morales Wirtschaftsminister war, an die Rohstoffpolitik von Morales und García Linera anknüpfen wird.

Buen Vivir

Das *Buen Vivir* („*Sumak Kawsay*“ auf Quechua und „*Suma Qamaña*“ auf Aymara) basiert auf indigenen Wertvorstellungen und löst die Debatte um Entwicklungskonzepte in Lateinamerika von ihrem kolonialen Ursprung. Dabei geht es um einen gänzlich anderen Wohlstandsbegriff als bei der westlichen Fixierung auf Wachstum und die Loslösung von einer Verwertungsperspektive der Natur. Im Mittelpunkt des *Buen Vivir* stehen sowohl soziale Gerechtigkeit und Demokratie als auch kulturelle Vielfalt und das Gleichgewicht mit der Natur. Es handelt sich aber nicht um ein festes Konzept, sondern um eine Sammlung verschiedener Ideen, die in Lateinamerika mit unterschiedlichen Schwerpunkten seit Jahren debattiert werden.

In der politischen Umsetzung bestanden sowohl in Ecuador als auch Bolivien während der Regierungszeit von Rafael Correa und Evo Morales bereits durchgehend Konflikte zwischen den Vorstellungen des *Buen Vivir* und einem traditionellen Entwicklungsmodell, das vor allem auf Rohstoffextraktivismus setzt. Als Alternative von unten bleibt es jedoch ein positiver Bezugspunkt indigener und sozialer Bewegungen (Acosta 2015, Fatheuer 2012, Gudynas 2012 b).

24 <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/offener-brief-der-shuar/>

25 Morales hatte nach Auszählung aller Stimmen etwa 47 Prozent und damit gut zehn Punkte Vorsprung vor dem zweitplatzierten Kandidaten Carlos Mesa erhalten. Dies hätte laut Verfassung für einen Wahlsieg in der ersten Runde gereicht. Doch die Opposition warf Morales Wahlbetrug vor. Befeuert wurde die These eines Wahlbetrugs vor allem von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Nachdem die vorläufige Schnellzählung auf Grundlage von knapp 84 Prozent der Stimmen noch auf eine Stichwahl zwischen Morales und Mesa hingedeutet hatte, sprach die OAS bereits vor Bekanntgabe des Endergebnisses von einer „unerklärlichen Trendwende.“ Sie mischte sich damit in den Wahlprozess ein, ohne exakte Daten zu haben. Auch ein Jahr später ist die Rolle der OAS nicht aufgearbeitet. Unabhängig davon bestand ein gewichtiger Kritikpunkt darin, dass Morales überhaupt noch einmal antrat, obwohl er im Jahr 2016 ein Referendum über die Aufhebung der Wiederwahlbeschränkung knapp verloren hatte. Das regierungsnah besetzte Verfassungsgericht entschied 2017 allerdings, dass die in der Verfassung vorgesehene Beschränkung auf zwei Amtszeiten gegen die politischen Rechte aller Personen verstoße. Dass Morales tatsächlich erneut kandidierte, war rechtlich umstritten und politisch eindeutig ein Fehler, den er selbst im Nachhinein einräumte.

Yasuní-Initiative



Durch Erdölförderung bedroht: der Yasuní-Nationalpark. Foto: Sara y Tzunki (CC BY-NC 2.0)

In einem kleinen, als ITT (Ishpingo-Tambococha-Tiputini) bezeichneten Gebiet des Yasuní-Nationalparks im Amazonastiefland lagern 846 Millionen Barrel Erdöl (1 Barrel = 159 Liter) – etwa 20 Prozent der gesamten Reserven des Landes. Würden von internationalen Gebern 3,6 Milliarden US-Dollar bereitgestellt (die Hälfte der damals zu erwartenden Einnahmen bei Förderung des Öls), könnte es im Boden bleiben, so der Vorschlag Ecuadors im Jahr 2007. Das Geld sollte nicht in die Staatskasse, sondern in einen Treuhandfonds unter Aufsicht der Vereinten Nationen fließen. Nachdem innerhalb mehrerer Jahre nur 0,37 Prozent der geforderten Gesamtsumme eingegangen waren, erklärte Correa die Initiative Mitte 2013 für gescheitert. Daraufhin genehmigte das Parlament die Erdölförderung in dem sensiblen Gebiet. Eine Mitverantwortung trägt auch die deutsche Bundesregierung. Während der Bundestag der Yasuní-Initiative fraktionsübergreifend die Unterstützung zugesichert hatte, lehnte der damalige Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) eine Beteiligung an dem UN-Treuhandfonds mit der Begründung ab, er wolle „keinen Präzedenzfall“ schaffen, der ähnliche Forderungen anderer Länder nach sich ziehen könnte (Lang 2012a). Doch hatte auch Correa nach dem politischen Bruch mit Acosta Pläne, die deutlich von den Verfassungszielen des Buen Vivir abwichen und eher einem traditionellen Entwicklungsparadigma folgten. Der Versuch von Aktivist:innen, ein Referendum über ein Kompletterbot der Erdölförderung im Nationalpark Yasuní durchzusetzen, scheiterte im Mai 2014, nachdem etwa 400.000 der insgesamt 760.000 eingereichten Unterschriften nicht anerkannt wurden.

4. Kolumbien: Die neoliberale Bergbaulokomotive



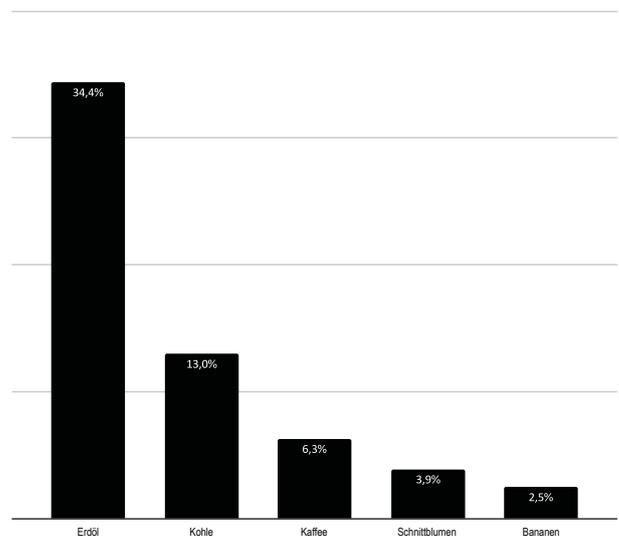
El Cerrejón, eine der größten Kohle-Tagebaue der Welt, im Norden Kolumbiens. Foto: Tanenhaus (CC BY 2.0)

Kolumbien gilt als Paradebeispiel für den neoliberalen Extraktivismus. Dabei greift der Staat kaum regulierend ein, sondern stellt vor allem günstige Investitionsbedingungen für transnationale Konzerne her. Dazu zählen in der Regel eine niedrige Abgabenlast, schwache Umweltgesetzgebung und deregulierte Arbeitsrechte. Seit mehr als 100 Jahren produziert Kolumbien Erdöl, wenn auch im Vergleich zum Nachbarland Venezuela stets auf deutlich niedrigerem Niveau. Dennoch ist Erdöl für gut ein Drittel der kolumbianischen Exporteinnahmen verantwortlich. Das zweitwichtigste kolumbianische Exportgut ist mit etwa 16 Prozent Kohle.²⁶ In den 1990er Jahren hatten die Regierungen damit begonnen, industriellen Großbergbau jenseits von Erdöl und Kohle zu fördern und den Bergbausektor für private Investoren attraktiver zu gestalten. Daher sind in jüngster Zeit auch Mineralien wie Gold, Silber oder Kupfer in den Fokus gerückt (World Mining Data 2020: 210 f.). Die bis heute gültige rechtliche Grundlage bildet das 2001 verabschiedete Bergbaugesetz 685. Dieses stärkte die Rolle privater Unternehmen gegenüber dem Staat und führte aufgrund unzureichender Regulierung zu zahlreichen Konflikten in Abbauregionen. Das 2014 vom Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung erlassene Dekret 2041 vereinfacht die Vergabe von Bergbaukonzessionen zusätzlich. Der ehemalige Präsident Juan Manuel Santos (2010 bis 2018) erklärte den Bergbau zur „Entwicklungslokomotive“, sein Nachfolger Iván Duque kündigte ab 2018 einen weiteren Ausbau des Bergbaus an.

KOLUMBIEN

Anteil des Bergbaus am BIP: 6,1 Prozent (2019)
Bedeutende Rohstoffe: Erdöl, Steinkohle, Gold, Silber, Kupfer

Wichtigste Exportprodukte (Stand 2019):



Quellen:
https://estadisticas.cepal.org/cepalstat/Perfil_Nacional_Economico.html?pais=COL&idioma=spanish, World Mining Data 2020: 210 f.

Kohle aus Kolumbien



„Gesundheit! Kein Bergbau!“. Bewohner:innen der umliegenden Gemeinschaften bei einer öffentlichen Anhörung von El Cerrejón. Foto: Stephan Suhner/ASK

Die negativen Folgen des großflächigen Bergbaus lassen sich bereits seit Jahrzehnten anhand der Steinkohleförderung beobachten. Kolumbien ist der größte Kohleproduzent Lateinamerikas und fördert jährlich mehr als 90 Millionen Tonnen, die fast komplett in den Export gehen (Tiboche Avellaneda 2019: 108). Bis vor wenigen Jahren gehörte Deutschland zu den wichtigsten Importländern.²⁷ In den 1980er Jahren hatte Kolumbien die Kohleproduktion in den *departamentos* La Guajira und Cesar mittels privater Investitionen beträchtlich ausgeweitet. Die Durchsetzung einer investorenfreundlichen, exportorientierten Ökonomie und die Erschließung von Bodenschätzen setzten maßgeblich paramilitärische Gruppen mit durch.

Transnationale Konzerne fördern die Kohle fast ausschließlich im Tagebau. Dazu gehören in Cesar der US-Bergbaukonzern Drummond sowie Prodeco, eine Tochterfirma des schweizerischen Konzerns Glencore. Im nordöstlichen Bundesstaat La Guajira ist das Unternehmen Cerrejón tätig, das zu gleichen Teilen Glencore, der britischen Anglo American und der australischen BHP Billiton gehört (siehe Kasten). Der Kohleabbau hat gravierende Auswirkungen auf Menschen und Umwelt in der Region. Sowohl in La Guajira als auch in Cesar kam es im Umfeld von Kohleprojekten zu gewaltsamen Vertreibungen, Zerstörung der Ackerflächen, massiver Wasserverschmutzung und Wassermangel. Dies, sowie die regelmäßigen Sprengungen verursachen zahlreiche Gesundheitsprobleme bei der lokalen Bevölkerung, die zunehmend ihre Lebensgrundlagen verliert. Der Einbruch der Nachfrage infolge der Coronakrise hat 2020 zu einem deutlichen Rückgang der Kohleproduktion geführt. Unternehmen wie El Cerrejón, Drummond und Prodeco fuhren die Produktion drastisch herunter oder stellten diese sogar vorübergehend ein.²⁸

Durch die Ausweitung des Bergbaus in Kolumbien drohen weitere Verschmutzungen und irreparable Schäden. Industrielle Bergbauprojekte dringen in jene sensiblen Ökosysteme vor, die für die Trinkwasserversorgung essenziell sind, wie etwa die Tieflandgebenden des Amazonas, die Hochebenen der Páramos und die Gletscher der Anden. Die Etablierung großflächiger Bergbauprojekte jenseits der Kohleförderung stößt jedoch auf erheblichen

Widerstand. In der Hochebene von Tolima beispielsweise wurde das Goldbergbauprojekt La Colosa des südafrikanischen Bergbaukonzerns AngloGold Ashanti nach jahrelangen Protesten 2017 gestoppt (Svampa: 105).²⁹

In der Provinz Soto im nordöstlichen *departamento* Santander wollte die kanadische Firma Greystar in den Páramos von Santurbán im Rahmen des so genannten Angostura-Projekts 15 Jahre lang Gold und Silber im offenen Tagebau fördern. Das Vorhaben stand unter anderem in der Kritik, weil es durch die Verwendung hochgiftiger Chemikalien die Trinkwasserversorgung der 55 Kilometer entfernten Stadt Bucaramanga gefährden könnte. In Folge anhaltender Proteste und gesetzlicher Verschärfungen für Rohstoffförderung in den Páramos, zog sich Greystar (später unter dem Namen Eco Oro Minerals) 2016 aus dem Projekt zurück. Als komplett gescheitert gilt es jedoch noch nicht. Mittlerweile ist das Unternehmen Minesa aus den Vereinigten Arabischen Emiraten an der Förderung des Goldes interessiert.³⁰

Starke Zivilgesellschaft trotz der Gewalt



Hommage an ermordete Sozialaktivist:innen in Kolumbien. Foto: Tefita228 (CC BY-SA 4.0)

Auch nach dem Friedensschluss zwischen der Regierung und der Guerilla FARC 2016, bleibt Kolumbien für politische Aktivist:innen ein hochgefährliches Land. Die internationale Nichtregierungsorganisation Global Witness zählte im Jahr 2019 64 Morde an Umweltschützer:innen und Landaktivist:innen. Damit belegt Kolumbien weltweit den Spitzenplatz. In den vorangegangenen Jahren sah es ähnlich aus. Seit Global Witness 2002 mit der jährlichen Zählung begann, fand sich Kolumbien stets auf einem der

27 Mittlerweile ist die importierte Menge von über zehn Millionen auf unter zwei Millionen Tonnen jährlich gefallen. Dazu haben nicht zuletzt Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen beigetragen.

28 www.portafolio.co/economia/prodeco-suspende-toda-su-tarea-carbonifera-en-cesar-542719

29 Siehe auch: https://mapa.conflictosmineros.net/ocmal_db-v2/conflicto/view/76

30 https://mapa.conflictosmineros.net/ocmal_db-v2/conflicto/view/78

ersten drei Plätze. Aufgeklärt werden die Morde so gut wie nie. Der Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL) zufolge, bestehen 19 der derzeit 277 Konflikte in Kolumbien. Laut dem kolumbianischen Institut für Friedens- und Entwicklungsstudien (INDEPAZ) wurden seit Abschluss des Friedensabkommens von 2016 mehr als 1.000 Sozialaktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen getötet.³¹ Während die Regierung darin keine Systematik erkennen will, machen soziale Organisationen für einen Großteil der Morde rechte paramilitärische Gruppen verantwortlich, die aktuell in zuvor von den FARC kontrollierten Regionen teilweise die Macht übernehmen. Vor allem bei den Morden an Umwelt- und Landaktivist:innen werden als Auftraggeber:innen im Hintergrund Landbesitzer:innen und Geschäftsleute vermutet.

Trotz des seit Jahrzehnten von politischer Gewalt geprägten Umfelds gibt es in Kolumbien ein breites Spektrum sozialer Mobilisierung. Indigene, afrokolumbianische, kleinbäuerliche und umweltpolitische Bewegungen setzen sich unter anderem aktiv gegen Bergbau und Megainfrastrukturprojekte wie Staudämme ein. Viele lokale Initiativen nutzten die laut Verfassung vorgesehenen Volksbefragungen, um die jeweils betroffene Bevölkerung zu geplanten Erdöl- und Bergbauprojekten abstimmen zu lassen. Das Verfassungsgericht hatte in mehreren Urteilen 2016 die Möglichkeit bestätigt, verbindliche Befragungen über Rohstoffprojekte durchführen zu können (Gómez / Galindo 2017). In zehn Fällen sprach sich die Bevölkerung jeweils deutlich gegen geplante Rohstoffprojekte aus, mehrere dutzend weitere Befragungen waren in Planung. Laut einem weiteren Urteil des Verfassungsgerichts von Oktober 2018 können Bergbauprojekte allerdings nicht mehr auf diese Weise gestoppt werden.³²

Laut INDEPAZ wurden trotz des Friedensvertrags seit 2016 mehr als 1.000 Sozialaktivist:innen ermordet.

El Cerrejón: Kohlegigant in der Krise

Es ist die größte Kohlemine Lateinamerikas: Seit Mitte der 1990er Jahre fördert El Cerrejón, das sich selbst das Motto „verantwortungsvoller Bergbau“ gegeben hat, auf einer Fläche von 69.000 Hektar Steinkohle im offenen Tagebau. Das Unternehmen alleine ist für gut ein Drittel der kolumbianischen Kohleproduktion verantwortlich (Tiboche Avellaneda 2019: 111). Von der Kohleförderung durch El Cerrejón profitiert die lokale Bevölkerung in La Guajira im Nordosten Kolumbiens jedoch kaum. Zwar betont das Unternehmen, dass es die umliegenden Gemeinden durch Trinkwasserlieferungen und Agrarhilfen unterstütze. Doch leben über 50 Prozent der Menschen in der Region in Armut. El Cerrejón bietet nur etwa 6.000 Arbeitsplätze, was weniger als ein Prozent aller Beschäftigten in La Guajira ausmacht (Tiboche Avellaneda 2019: 112). Im Umfeld des Tagebaus sind besonders die indigenen Wayúu negativ betroffen. Eine laut ILO-Konvention 169 heute vorgeschriebene Befragung zur „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ hat es nie gegeben, da die Konzessionen für den Kohleabbau in den 1980er Jahren bereits vor Verabschiedung der ILO-Konvention vergeben worden waren (ebd.: 124). Ende 2019 konnten die Wayúu einen Achtungserfolg verzeichnen. Zwei Frauen hatten aufgrund der Gesundheits- und Umweltschäden auf eine Schließung der Kohlemine geklagt. Dem folgte das kolumbianische Verfassungsgericht zwar nicht, forderte El Cerrejón jedoch dazu auf, die umliegenden Wayúu-Gemeinden besser zu schützen. Der UN-Sonderberichterstatter für Umwelt und Menschenrechte, David Boyd, rief das Unternehmen im September 2020 dazu auf, die Kohleförderung aufgrund der Gefahren für die Wayúu-Bevölkerung und die Umwelt sowie nicht zuletzt der erhöhten Gefährdung durch Covid-19 in Teilen einzustellen.³³ Insgesamt befindet sich El Cerrejón derzeit in einer tiefgreifenden Krise: Nicht nur die juristischen Prozesse, sondern auch der Nachfragerückgang aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise und zunehmender Dekarbonisierung sowie anhaltende Streiks von Arbeiter:innen stellen das Unternehmen vor große Herausforderungen (Pardo 2020).

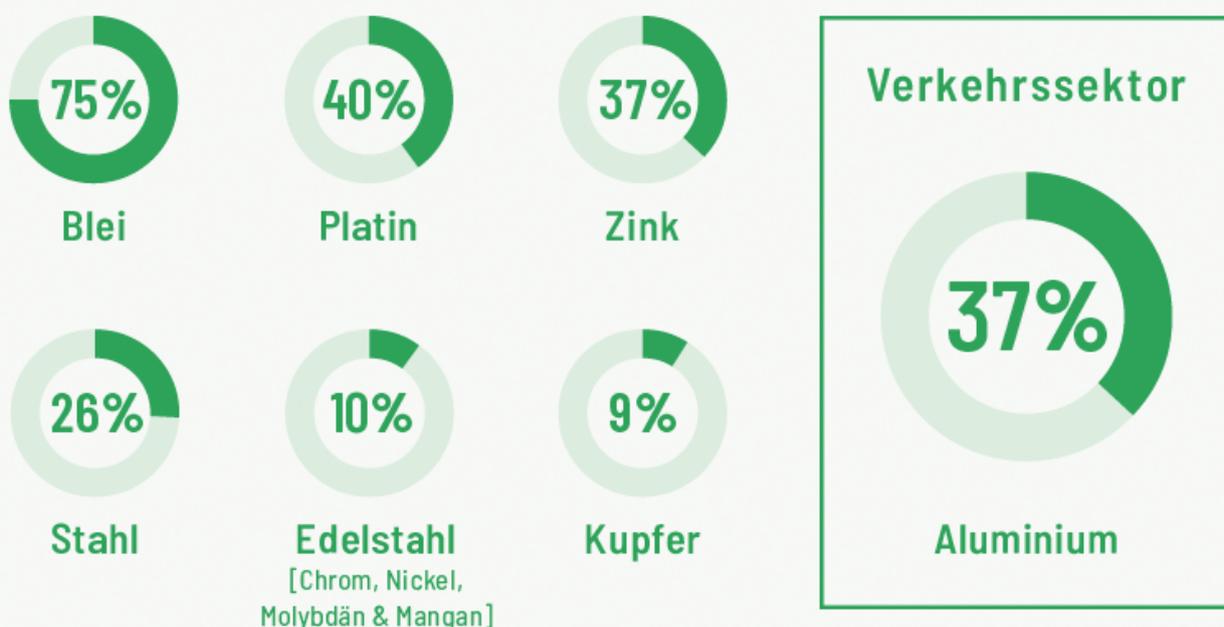
31 www.indepaz.org.co/1-000-lideres-y-defensores-de-ddhh/

32 <https://www.larepublica.co/especiales/minas-y-energia-marzo-2019/comunidades-votaron-en-10-consultas-populares-mineras-desde-el-2013-2842036>

33 <https://www.ohchr.org/sp/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26306&LangID=s>

5. Deutsche Interessen: Freier Zugang für die Industrie

ANTEIL DER AUTOMOBILINDUSTRIE AM GESAMTVERBRAUCH DEUTSCHLANDS

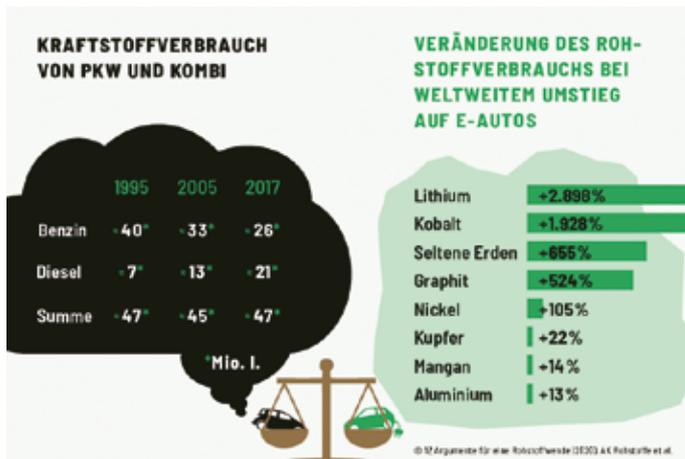


Die großen Schlagzeilen machen in Lateinamerika meist Rohstoffunternehmen aus Kanada, den USA, der Schweiz oder China. Doch auch wenn Deutschland bei der Rohstoffausbeutung nicht ganz vorne mitmischt, zählt es als bedeutendes Industrieland zu den fünf größten Rohstoffkonsumenten weltweit. Der deutsche Wohlstand basiert somit zu einem bedeutenden Teil auf dem Verbrauch natürlicher Ressourcen.³⁴ Während Deutschland bei Rohstoffen für die Bauwirtschaft überwiegend auf heimische Vorkommen zurückgreifen kann, muss es die für die Industrie benötigten Metalle und Mineralien fast komplett importieren. Wirtschaftssektoren wie die Auto- und Chemieindustrie hängen vom Import zahlreicher Rohstoffe ab, die sich weder innerhalb Deutschlands noch der Europäischen Union (EU) in ausreichendem Maße finden. Insgesamt machte der Wert der Rohstoffimporte Deutschlands im Jahr 2018 182 Milliarden Euro oder 16 Prozent der gesamten Importe aus. Ein Großteil davon wird aus Ländern des globalen Südens eingeführt. Im Konzept der Bundesregierung für Lateinamerika und die Karibik von 2010 gilt eine „nachhaltige, sichere und kostenadäquate Energieversorgung Deutschlands“ als „wichtiger Gegenstand der Zusammenarbeit“ (Auswärtiges Amt 2010: 39).

Im Jahr 2018 entfielen auf Süd- und Zentralamerika sowie die Karibik 6,3 Prozent aller Rohstoffimporte (BGR 2019: 16). Bei Eisen und Eisenerz stammt sogar die Hälfte des Bedarfs aus Südamerika (BMW 2019: 13). Bedeutende südamerikanische Handelspartner Deutschlands sind im Rohstoffbereich Brasilien bei Kupfer und Eisenerz sowie Chile und Peru bei Kupfer (BGR 2019: 15). Knapp die Hälfte der importierten Rohstoffe waren Metalle (BMW 2019: 18). Der Trend zu Digitalisierung und die angestrebte Energiewende werden die Bedeutung von Rohstoffimporten weiter anfangen. Dabei gewinnen bestimmte Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, seltene Erden oder Tantal an Bedeutung, die für neue Technologien wie Elektromotoren und Lithium-Ionen-Batterien benötigt werden. Entscheidend für den deutschen Rohstoffhunger bleibt jedoch das exportgetriebene, industrielle Wirtschaftsmodell, das beispielsweise auf Autos, Chemie und Maschinenbau basiert.

34 Zahlen und Fakten zum deutschen Rohstoffverbrauch finden sich hier: https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/05/Argumentarium_Rohstoffwende_web.pdf

Rohstoffstrategie für Unternehmen



Seit 2010 verfügt Deutschland über eine eigene Rohstoffstrategie, die vor allem die Sicherung von Rohstoffen für die Industrieunternehmen zum Ziel hat.³⁵ Auf die Ausarbeitung hatte vor allem der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gedrängt. Jahrelang machte der BDI Lobbyarbeit und wirkte seit dem ersten Rohstoffkongress der damaligen rot-grünen Bundesregierung 2005 maßgeblich an der Ausarbeitung der deutschen Strategie mit (Lambert 2012: 130 ff.).

Im Jahr 2008 stellte die Europäische Kommission mit der „Rohstoffinitiative“ (Raw Materials Initiative) erstmals eine gemeinsame europäische Rohstoffpolitik vor, die als Hauptziel den Zugang europäischer Unternehmen zu wichtigen Rohstoffen sicherstellen soll. Im Mittelpunkt steht das Interesse, „Wettbewerbsverzerrungen“ in der Handelspolitik, wie Exportsteuern und Investitionsbeschränkungen in den Förderländern, zu beseitigen (ebd.). Im Oktober 2010 publizierte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) darauf aufbauend die erste „Rohstoffstrategie der Bundesregierung“. Diese verfolgte ebenso das Ziel, Handelsbarrieren zu reduzieren. Dabei geht es im Kern darum, dass die Unternehmen selbst auf freien Märkten für die Beschaffung der von ihnen benötigten Rohstoffe verantwortlich sind, die Bundesregierung dabei aber politisch flankierend Unterstützung leistet. Ein Beispiel für diese politische Flankierung bietet der mittlerweile geplante Vertrag, den das deutsche Unternehmen ACI Systems Ende 2018 mit der bolivianischen Regierung über die Förderung und Verarbeitung von Lithium geschlossen hat (siehe Kasten). Um die Sicherung der Rohstoffversorgung zu gewährleisten, bietet die Bundesregierung Unternehmen in anderen Fällen beispielsweise staatliche Instrumente wie Garantien für ungebundene Finanz-

kredite (UFK-Garantien) an. Diese sichern Kreditgeber im Rohstoffbereich gegen wirtschaftliche und politische Risiken ab. Bis Ende 2019 übernahm die Bundesregierung UFK-Garantien in Höhe von 4,4 Milliarden Euro. Auf Grundlage der Strategie schloss Deutschland zudem so genannte bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit der Mongolei, Kasachstan und Peru sowie „Rohstoffkooperationen“ in Form von Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit mit Australien, Chile und Kanada ab. Auch förderte das BMWi die Einrichtung von „Kompetenzzentren“ der deutschen Außenhandelskammern in Australien, Chile, Kanada, Peru und Südafrika, die unter anderem deutsche Unternehmen bei der Rohstoffsicherung unterstützen sollen.

Die Fortschreibung der deutschen Rohstoffstrategie, die Anfang 2020 verabschiedet wurde, baut stark auf der Strategie von 2010 auf und enthält insgesamt 17 konkrete Maßnahmen, die weiterhin die Versorgungssicherheit in den Vordergrund stellen. Das industriepolitische Ziel besteht nach wie vor darin, die „Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu stärken und Arbeitsplätze in der Industrie zu erhalten“ (BMWi 2019: 2). Auch in der aktualisierten Strategie sieht die Bundesregierung maßgeblich die Unternehmen in der Pflicht, ihren Rohstoffbedarf zu decken und setzt dafür in erster Linie auf die Beseitigung von Handelsbeschränkungen, etwa im Rahmen von Freihandelsverträgen, die bereits zwischen der EU und mehreren lateinamerikanischen Ländern bestehen.³⁶ Für die Überarbeitung des Freihandelsabkommens mit Chile schlägt die EU ein eigenes Kapitel über Energie und Rohstoffe vor.³⁷ In Zukunft deutet sich eine stärkere politische Unterstützung der Bundesregierung für Rohstoffprojekte von Privatunternehmen an. Die bisherigen politischen Maßnahmen wie UFK-Kredite, Rohstoffpartnerschaften und Kompetenzzentren sollen beibehalten oder ausgebaut werden. Das BMWi will „aufgrund der weltweit deutlichen Zunahme von staatlichen Interventionen (...) die Möglichkeiten zusätzlicher staatlicher Maßnahmen zur Rohstoffsicherung in einer Auftragsstudie prüfen lassen“ (BMWi 2019: 19).³⁸

Die Fortschreibung der deutschen Rohstoffstrategie, die Anfang 2020 verabschiedet wurde, stellt weiterhin die Versorgungssicherheit in den Vordergrund.

- 35 Sowohl die Rohstoffstrategien Deutschlands als auch der EU thematisieren auch Recycling und die Gewinnung heimischer Rohstoffe. Aufgrund der fast absoluten Importabhängigkeit bei Metallen und Mineralien kommt der Beschaffung von Rohstoffen im globalen Süden jedoch die größte Bedeutung zu.
- 36 In Lateinamerika hat die EU Freihandelsverträge mit Mexiko (in Kraft seit 2000), Chile (seit 2003), Kolumbien und Peru (seit 2013), Zentralamerika (seit 2013) sowie Ecuador (seit 2017). Die Abkommen untersagen beispielsweise Ausfuhrsteuern, die für rohstoffreiche Länder eine Einnahmequelle darstellen könnten. Mit den MERCOSUR-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay einigte sich die EU-Kommission im Juni 2019 auf ein Freihandelsabkommen. Dieses müssen allerdings noch alle 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie das EU-Parlament ratifizieren. Aufgrund der forcierten Entwaldung des Amazonas unter der rechtsextremen brasilianischen Regierung von Jair Bolsonaro sowie der vereinbarten Öffnung des EU-Agrarmarktes, gibt es in mehreren europäischen Ländern Kritik an dem Abkommen. Derzeit scheint es unwahrscheinlich, dass es zeitnah in Kraft treten kann, siehe: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/freihandelsabkommen-der-eu.html>
- 37 https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/february/tradoc_156585.pdf
- 38 Eine kritische Einschätzung des AK Rohstoffe zur Fortschreibung der deutschen Rohstoffstrategie findet sich hier: <http://ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2020/02/Stellungnahme-zur-Fortschreibung-der-deutschen-Rohstoffstrategie-web.pdf>

Menschenrechte auf freiwilliger Basis?

Die sozialen und ökologischen Kosten des hohen deutschen Rohstoffverbrauchs fallen in den Förderregionen an, werden also externalisiert. Ebenso wie in der Rohstoffstrategie von 2010 betont die Bundesregierung auch heute, dass ihr eine nachhaltige Rohstoffförderung, Menschenrechte, ökologische Belange sowie gute Regierungsführung wichtig seien. Sie verweist dazu auf Ziele und Vereinbarungen wie das Pariser Klimaabkommen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen oder die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs)³⁹. Rechtsverbindliche Verpflichtungen für die Vertragsstaaten entstehen jedoch theoretisch nur aus dem Klimaabkommen. Die Umsetzung der SDGs basiert ebenso auf Freiwilligkeit wie die OECD-Leitsätze und der von der Bundesregierung 2016 beschlossene Nationale Aktionsplan für Menschenrechte (NAP) zu Sorgfaltspflichten für Unternehmen, deren Grundlage die UN-Prinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bilden.⁴⁰ Dass derartige Ansätze keineswegs ausreichen, zeigte das von der Bundesregierung selbst in Auftrag gegebene Monitoring des NAP. Demnach kommen lediglich zwischen 13 und 17 Prozent der befragten deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten (aus allen Branchen) ihrer Sorgfaltspflicht nach. Weitere zehn bis zwölf Prozent befänden sich „auf einem guten Weg“⁴¹.

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und der Großteil der Bevölkerung in Deutschland fordern daher ein Lieferkettengesetz.⁴² Dieses sollte Unternehmen dazu verpflichten, entlang ihrer gesamten Lieferkette menschenrechtliche und ökologische Standards einzuhalten. Es ließe sich somit auch auf die Förderung von Rohstoffen anwenden, die am Anfang der Wertschöpfungskette stehen. Während sich innerhalb der Bundesregierung mittlerweile Entwicklungsminister Gerd Müller und Arbeitsminister Hubertus Heil dafür stark machen, bremst das Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier und versucht, ein Lieferkettengesetz zu verhindern oder zu verwässern. Kritische Nichtregierungsorganisationen fordern darüber hinaus eine grundlegende Rohstoffwende. Zu dieser gehöre unter anderem eine Reduktion des Rohstoffverbrauchs, die Einhaltung menschenrechtlicher sowie umweltbezogener Sorgfaltspflichten, Schutz der Betroffenen in den Abbaugebieten sowie die Stärkung der kritischen Zivilgesellschaft, heißt es in einem Forderungspapier.⁴³



2019 startet die Kampagne für eine gesetzliche Regulierung von deutschen Unternehmen
Foto: Initiative Lieferkettengesetz

**Freiwilligkeit reicht nicht aus:
Zivilgesellschaftliche
Organisationen fordern eine
grundlegende Rohstoffwende
und ein verbindliches
Lieferkettengesetz.**

- 39 Die Förderung von Rohstoffen betrifft mehrere SDGs, darunter SDG 2 (kein Hunger, nachhaltige Landwirtschaft), SDG 8 (dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum), SDG 10 (Ungleichheit verringern), SDG 12 (nachhaltige Produktions- und Konsummuster sicherstellen), SDG 15 (Landökosysteme schützen und deren nachhaltige Nutzung fördern) und SDG 16 (Frieden, Rechtsstaatlichkeit und starke Institutionen), siehe: www.17ziele.de
- 40 Die laut dem NAP fünf wichtigsten Elemente der Sorgfaltspflicht umfassen für Unternehmen jeweils die öffentliche Grundsatzklärung zur Achtung der Menschenrechte, das Bestehen eines Verfahrens zur Ermittlung tatsächlicher und potenziell nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte, die Durchführung entsprechender Maßnahmen zur Abwendung und Kontrollen ihrer Wirksamkeit, eine Berichterstattung sowie die Etablierung oder Beteiligung an einem Beschwerdemechanismus.
- 41 www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/aussenwirtschaft/wirtschaft-und-menschenrechte/monitoring-nap/2124010
- 42 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-09/umfrage-lieferkettengesetz-einhaltung-menschenrechte-unternehmen-cdu-peter-altmaier>, siehe dazu auch die Initiative Lieferkettengesetz: www.lieferkettengesetz.de
- 43 http://ak-rohstoffe.de/rohstoffwende_forderungen/

Lithium: Deutschlands Deal in Bolivien



Noch fast unberührt: Im bolivianischen Salar de Uyuni lagern weltweit die größten Lithium-Reserven. Foto: JM (CC BY 2.0)

Es galt als Jahrhundertdeal: Deutschland hatte sich 2018 den exklusiven Zugriff auf das größte Lithiumvorkommen der Welt gesichert. Im Salzsee Salar de Uyuni verfügt Bolivien über schätzungsweise 21 Millionen Tonnen des „weißen Goldes“. Dies entspricht etwa 30 Prozent der weltweiten Reserven. Das Leichtmetall ist unverzichtbar für die Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien, die für Laptops, Mobiltelefone und Elektroautos verwendet werden. Das Ziel der Regierung von Evo Morales bestand nicht nur darin, möglichst hohe Einnahmen zu erzielen, sondern auch einen bedeutenden Teil der Wertschöpfungskette in Bolivien zu belassen. Zwar kann Bolivien das Lithium ohne ausländisches Know-How nicht im industriellen Maßstab fördern und verarbeiten. Doch Firmen sollen ausschließlich als Partner an Joint Venture-Projekten beteiligt werden, an denen der bolivianische Staat die Mehrheit der Anteile hält. Das deutsche Mittelstandsunternehmen ACI Systems Alemania (Acisa) aus Baden-Württemberg machte Ende 2018 schließlich das Rennen (Belghaus / Franke 2020). Die deutsche Bundesregierung hatte das „Projekt von Anfang an politisch flankiert und dem Unternehmen ACI beratend zur Seite gestanden“, heißt es in der Antwort auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke Anfang 2020.⁴⁴ Im April 2018 hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier demnach mit Evo Morales telefoniert und gemeinsam mit Außenminister Heiko Maas ein Unterstützungsschreiben für ACI Systems verfasst. Ab 2021 sollte das Unternehmen gemeinsam mit dem bolivianischen Staatsunternehmen Yacimientos de Litio Bolivianos (YLB) 70 Jahre lang jährlich bis zu 50.000 Tonnen Lithiumhydroxid produzieren. Dadurch hätte die deutsche Wirtschaft direkten Zugriff auf den strategisch wichtigen Rohstoff bekommen, der für den angestrebten Ausbau der Elektromobilität unabdingbar ist. Doch in der betroffenen Region wurde die Kritik an dem Deal immer lauter. Bei Protesten in der Region Potosí, von wo aus zu Kolonialzeiten große Mengen Silber nach Europa entwendet wurden, forderte ein zivilgesellschaftliches Bündnis eine höhere Beteiligung der Region an den Einnahmen. Diese sollten größtenteils in die Staatskasse fließen. Auch wird der Schutz der Trinkwasserbrunnen gefordert. Denn der Lithiumabbau verbraucht sehr große Mengen an Wasser, wie negative Erfahrungen aus den Nachbarländern Argentinien und Chile zeigen, in denen Lithium bereits großflächig abgebaut wird (Perreault 2020). Die Proteste vermischten sich schließlich mit dem verbreiteten Unmut um die erneute Präsidentschaftskandidatur von Morales. Im Zuge der politischen Unruhen legte Morales den Deal Anfang November 2019 kurz vor dem Putsch zunächst auf Eis. Die auf ihn folgende De-facto-Regierung kündigte den Vertrag schließlich auf. Der seit November 2020 amtierende neue Präsident Luis Arce zeigt sich gesprächsbereit. Er räumt dem Deal mit ACI Systems noch Chancen ein, sofern Nachbesserungen vorgenommen würden.⁴⁵ Ansonsten gebe es „andere Partner“. Die Umstände des Deals und seines vorläufigen Scheiterns sind bisher ungeklärt. Es deutet jedoch einiges darauf hin, dass weder die Bundesregierung noch ACI Systems die Bedenken bezüglich der Umwelt- und Wasserproblematik sowie der Aufteilung der zu erwartenden Einnahmen ausreichend ernst genommen hat. Während Deutschland einer nicht-nachhaltigen Individualmobilität einen grünen Anstrich verleihen will, indem es den Verbrennungsmotor zurückdrängt und durch den E-Antrieb ersetzt, werden die sozialen und ökologischen Probleme der Rohstoffgewinnung in Länder wie Bolivien ausgelagert (Belghaus / Franke 2020).

44 <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/168/1916877.pdf>

45 www.faz.net/aktuell/politik/ausland/boliviens-neuer-praesident-luis-arce-im-interview-17015054.html

6. Quo vadis Extraktivismus? Keine Atempause durch Corona



Die Corona-Pandemie hat auch Lateinamerika im Griff, die Armen leiden am meisten. Der Extraktivismus geht jedoch ungebremst weiter - auch mit Ausnahmeregelungen für den Bergbaubereich.
Foto: Santiago Sito (CC BY-NC-ND 2.0)

Bereits seit Ende 2014/ Anfang 2015 befindet sich Lateinamerika in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Corona-Pandemie verschlimmert vielerorts die Situation und hat auch Auswirkungen auf den Extraktivismus. Der Nachfragerückgang für Rohstoffe auf den Weltmärkten hat zum Fall der meisten Rohstoffpreise geführt. Besonders die erdöllexportierenden Länder verzeichnen einen starken Rückgang ihrer Einnahmen. Geplante Projekte nicht-konventioneller Erdölförderung, die sich nur bei hohen Erdölpreisen rentieren, haben zurzeit keine Aussicht auf Umsetzung.⁴⁶ Das Beispiel Kohle in Kolumbien zeigt, dass die Produktion bestimmter Rohstoffe innerhalb der aktuellen Krise sogar heruntergefahren wird. Doch sind dies keineswegs Anzeichen dafür, dass nun eine durch internationale Faktoren bedingte Ära des Post-Extraktivismus hereinbricht. Die Preise für Gold und Kupfer etwa sind seit Beginn der Pandemie gestiegen, was deren Abbau weiter beflügelt. Insgesamt ist der Bergbau während der Pandemie nicht in Quarantäne gegangen. Minenarbeiter:innen dürfen auch während der Ausgangsbeschränkungen häufig nicht zu Hau-

se bleiben, sondern müssen aufgrund staatlicher Ausnahmeregelungen für den Bergbaubereich weiterarbeiten. Sie werden somit aufgrund der schweren Arbeit auf engstem Raum und der teilweisen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften bewusst einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt, wie sich beispielsweise in Chile zeigte.⁴⁷

Auch versuchen Regierungen und Unternehmen die Pandemie dafür zu nutzen, ohne Debatten den Extraktivismus auszuweiten. In Argentinien wurden mehrere neue Bergbauprojekte angekündigt⁴⁸ und in Chile wuchs der Bergbausektor,⁴⁹ obwohl die Unternehmen während der Pandemie Arbeiter:innen entließen. Der Rohstoffkonzern Barrick Gold wollte gar neue Verhandlungen über das umstrittene binationale Bergbauprojekt am Gletscher von Pascua Lama zwischen Argentinien und Chile führen.⁵⁰ In Peru stellte die Regierung im Juli 2020 einen Plan vor, den Bergbau auszuweiten und senkte bestehende Umweltstandards für Bergbauunternehmen ab. Die peruanische Energie- und Bergbau-

46 Dies betrifft beispielsweise die Ölschiefer-Lagerstätte „Vaca Muerta“ in Argentinien oder die Schwerölvorkommen im Orinoco-Gebiet in Venezuela.

47 www.ciperchile.cl/2020/07/24/el-preocupante-nivel-de-contagio-en-las-comunas-mineras/

48 www.worldenergytrade.com/metales/mineria/la-mineria-argentina-resurge-luego-del-covid-19

49 www.camiper.com/tiempominero/produccion-minera-en-chile-subio-peso-al-coronavirus/

50 Dort lagern große Mengen Gold, Silber und Kupfer. Aufgrund von Umweltverstößen ist das Projekt seit 2013 ausgesetzt. Im September 2020 entschied das Oberste Umweltgericht Chiles, dass eine Förderung der Rohstoffe auch weiterhin untersagt bleibt.



Protest gegen ein Bergbauprojekt des kanadischen Konzerns Argonaut Gold in Guanajuato/Mexiko. Foto: Juan Carlos Fonseca Mata (CC BY-SA 4.0)

ministerin Susana Vilca sprach sich dafür aus, hochumstrittene und konfliktbeladene Großprojekte wie die Gold- und Kupfermine Conga sowie die Kupfermine Tía María zu reaktivieren.⁵¹ Zu dem Zeitpunkt war Peru eines der Länder Lateinamerikas, das prozentual die meisten Corona-Fälle aufwies und befand sich bereits in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krise. Zudem hatten sich mehrere seit Jahren bestehende Bergbau-Konflikte zugespitzt.⁵² Ähnliche Tendenzen sind in anderen Ländern sowie auch in der industrialisierten Landwirtschaft zu verzeichnen. Zudem ist zu befürchten, dass die meist ohnehin zu laschen Umweltkontrollen und Konsultationsmechanismen während der Pandemie eine noch geringere Rolle spielen.

Vielorts zeichnet sich also bereits ab, wie in Lateinamerika aus der Sicht von Regierungen und Rohstoffunternehmen der „Ausweg“ aus der Wirtschaftskrise aussehen könnte. Wenn sich diese wie erwartet verschlimmern wird, könnte der Bergbau – auch mangels anderer kurzfristig verfügbarer Optionen – als eine Art „Rettungsanker“ erhalten (Teran Mantovani 2020).

Unter den Vorzeichen fehlender Debatten und aufgrund der eingeschränkten Verteilungsspielräume ist zu erwarten, dass die gesellschaftlichen Konflikte, die mit dem Extraktivismus einhergehen, weiter zunehmen werden.

Schwieriger Weg zum Post-Extraktivismus

Die Aussichten auf eine demokratische, umweltverträgliche Rohstoffpolitik, die mit einer nachhaltigen Diversifizierung der Wirtschaft einhergeht, haben sich in der derzeitigen Lage also weiter verschlechtert. Wie Übergänge in eine post-extraktivistische Gesellschaft gestaltet werden können, haben Eduardo Gudynas und andere bereits vor Jahren skizziert. Dabei geht es nicht darum, künftig sämtliche Rohstoffförderung zu unterbinden, wohl aber einzuschränken. Gudynas teilt die Ausbeutung von Rohstoffen in plündernden, behutsamen und unverzichtbaren Extraktivismus ein. Der plündernde Extraktivismus ist weitgehend dereguliert und mit hohen sozialen und ökologischen Kosten verbunden. Beim

behutsamen Extraktivismus werden soziale und umweltrechtliche Normen eingehalten, die Unternehmen entrichten hohe Abgaben und es gibt Transparenz durch internationale Regulierung. Im Rahmen von Debatten über Alternativen zum konventionellen Entwicklungsbegriff wird jedoch betont, dass nur der unverzichtbare Extraktivismus beibehalten werden sollte, das heißt der Abbau von Rohstoffen fände nur noch eingeschränkt statt. Damit die jetzigen Rohstoffländer weiterhin über ausreichend Einnahmen verfügen, müssten zunächst die externen Kosten im Preis der Rohstoffe abgebildet und die Steuereinnahmen erhöht werden. Sämtliche offene und verdeckte Subventionen für Rohstoffkonzerne müssten abgeschafft werden. Die Rohstoffpolitiken der lateinamerikanischen Länder sollten in die Verhandlungen über regionale Integration miteinbezogen werden, damit transnationale Unternehmen nicht einzelne Staaten gegeneinander ausspielen (Gudynas 2012 a). Der schwierige Weg zu einem Post-Extraktivismus erfordert es also, Übergänge einzuleiten. Dazu muss zunächst, die Kontrolle über die extraktiven Industrien erhöht werden, wie es etwa Venezuela, Bolivien und Ecuador versucht haben und weiterhin versuchen.

Es wäre notwendig, einen institutionellen Rahmen für eine sozial verträgliche, umweltpolitisch nachhaltige und demokratisch legitimierte Rohstoffpolitik zu schaffen. Dazu gehört es, die Konsultation der betroffenen Bevölkerung zu vertiefen und Kontrollmechanismen zu schaffen, an denen die Bevölkerung beteiligt ist und nicht nur die Regierung oder die Unternehmen selbst.

Ein institutioneller Rahmen für eine sozial verträgliche, umweltpolitisch nachhaltige und demokratisch legitimierte Rohstoffpolitik ist notwendig.

51 www.tecnologiaminera.com/noticia/minem-reactivacion-de-proyectos-conga-y-tia-maria-tienen-que-darse-en-algun-momento-1589776673

52 www.infostelle-peru.de/web/bergbau-in-zeiten-von-covid-19/

Ohne tiefgreifende Veränderungen im globalen Norden wird dies kaum möglich sein. Die heutigen Rohstoffländer haben sich diese Rolle nicht ausgesucht, sondern sie wurde ihr durch den Kolonialismus aufgedrängt. Die Wirtschaftsstrukturen zwischen globalem Norden und globalem Süden sind bis heute durch koloniale Kontinuitäten geprägt. Dies drückt sich in ungerechten Handelsbeziehungen aus, die beispielsweise mittels Freihandelsabkommen weiter fortgeschrieben werden. Industriestaaten des Nordens wie Deutschland haben historisch enorm von diesen Ungerechtigkeiten profitiert. Aufgrund ihres hohen Rohstoffverbrauchs und der Auslagerung der Menschenrechtsverletzungen sowie sozialer und ökologischer Probleme sind Deutschland und die EU auch weiterhin für die Situation mitverantwortlich. Eine Änderung lateinamerikanischer Rohstoffpolitik einzufordern, ohne sich beispielsweise mittels eines Lieferkettengesetzes und der Verringerung des hohen Rohstoffkonsums der eigenen Verantwortung zu stellen, hat also schnell einen elitären und privilegierten Charakter.

Dennoch sollte auch die Linke in Lateinamerika ihre Differenzen über den Umgang mit Extraktivismus offen debattieren, anstatt sich entlang der Frage „Für oder gegen eine linke Regierung“ abzuarbeiten. In teils polemisch geführten Debatten werden häufig Gegensätze konstruiert, die in der Realität kaum einen Nutzen haben. Ökologische Bedenken mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung beiseite zu wischen, führt am Ende allenfalls kurzfristig zur Befriedigung notwendiger Bedürfnisse. Gerade die ärmere Bevölkerung in Lateinamerika leidet unter der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch extraktive Projekte. Das Beispiel Venezuela zeigt, dass ein Rohstoffboom unter einer linken Regierung zwar vorübergehend den Lebensstandard der Bevölkerung anheben kann. Bei dauerhaft fallenden Weltmarktpreisen werden die Grenzen der einseitigen wirtschaftspolitischen Fokussierung jedoch schnell deutlich.

Die ständige Ausweitung des Extraktivismus ist ebenso wenig vorgezeichnet wie die ewige Fortschreibung Lateinamerikas als Rohstofflieferant. Als wichtiger Rohstoffimporteur kann Deutschland einen Beitrag zu strukturellen Veränderungen leisten: Ein Lieferkettengesetz überwindet zwar den Extraktivismus nicht, zählt ihn aber, weil damit die sozial-ökologischen Folgekosten nicht mehr einseitig in den Abbauregionen getragen werden müssten. Es führt auch kein Weg an einer grundlegenden Rohstoffwende vorbei, die auf absolute Reduktion von Rohstoffen statt auf permanentes Wachstum setzt. Mit dem Escazú-Abkommen gibt es in Lateinamerika ein neues Instrument, um Umweltrechte aktiv einzufordern (siehe Kasten). In lateinamerikanischen Ländern sind schlagkräftige und gut vernetzte Initiativen entstanden, die nicht nur lokal gegen zerstörerischen Extraktivismus Widerstand leisten, sondern auch nach konkreten Alternativen im Kleinen wie im Großen suchen. Die Zivilgesellschaft in Deutschland kann diese Initiativen mit ihren Forderungen unterstützen und gegenüber den politischen Entscheidungsträger:innen sichtbar machen. Wie sich der Extraktivismus entwickelt, wird nicht zuletzt von sozialen Bewegungen und Protesten abhängen, die im Zuge der aktuellen Krise und der zu erwartenden Verteilungskämpfe aufkommen. Das gilt sowohl für Europa als auch Lateinamerika.

Das Escazú-Abkommen: Umweltrechte auf dem Papier gestärkt

Ausgehend von der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (Rio +20) im Jahr 2012, handelten lateinamerikanische Staaten zwischen 2012 und 2018 das erste regionale Umweltabkommen des Kontinents aus: den völkerrechtlich verbindlichen „Regionalvertrag über den Zugang zu Information, öffentlicher Teilhabe und zu Justiz in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik“. Besser bekannt ist er unter dem kürzeren Namen „Escazú-Abkommen“, benannt nach der costaricanischen Stadt, in der 2018 die Einigung erzielt worden war. Die Verhandlungen, in die auch ökologische, zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden waren, fanden unter der Schirmherrschaft der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) statt. Auf dem Papier enthält das Abkommen umfassende Umweltrechte:

Es soll die Mitsprache der lokalen Bevölkerung bei Großprojekten über indigene Gebiete hinaus ausweiten und erlegt den Staaten mehr Transparenz bei der Erstellung von Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie der Planung von Projekten auf. Zudem schreibt es die Übersetzung wichtiger Dokumente in indigene Sprachen vor. Umweltschützer:innen sollen besonderen rechtlichen Schutz erhalten.

24 der 33 Staaten der Region unterzeichneten den Vertrag bis zum Ende der Frist im September 2020. Nicht dabei sind etwa Chile, das bei den Verhandlungen von Beginn an teilgenommen hatte, und Venezuela. Elf Staaten haben das Abkommen bereits ratifiziert, darunter Bolivien und Ecuador.⁵³ Damit kann das Abkommen laut seinen Bestimmungen in Kraft treten.

Die entscheidende Frage liegt in der Umsetzung. Denn in der bisherigen Bergbau-Praxis werden die bereits bestehenden Rechte indigener Gruppen oder von Umweltaktivist:innen regelmäßig missachtet. Das Abkommen bietet ein zusätzliches Instrument, um Umweltrechte einzufordern. In allen Ländern wehrten sich gegen die Unterzeichnung daher vor allem Bergbau- und Agrarkonzerne.

Literatur

Acosta, Alberto (2012): Hindernisse der Yasuní-ITT-Initiative. Eine Interpretation aus der Perspektive der politischen Ökonomie, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin, S.98-113.

Acosta, Alberto (2015): Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben, München.

Antillano, Andrés/ Fernández-Shaw, José Luis / Castro, Damelys (2018): No todo que mata es oro. La relación entre violencia y rentas mineras en el sur del Estado Bolívar, in: Gabbert, Karin / Martínez, Alexandra (Hrsg.): Venezuela desde adentro. Ocho investigaciones sobre un debate necesario, S. 145-189, Quito.

Antillano, Andrés (2020): „Dies widerspricht den Ideen eines linken Projektes“. Ein Gespräch über die Menschenrechtslage in Venezuela, <https://www.rosalux.de/news/id/43003/dies-widerspricht-den-ideen-eines-linken-projektes?cHash=229bef997882c0451376171b95b58263>

Auswärtiges Amt (2010): Deutschland, Lateinamerika und die Karibik. Konzept der Bundesregierung, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/213420/e134842d489660405b58c361489b78e7/lak-konzept-dt-data.pdf>

Belghaus, Nora / Franke, Fabian (2020): Alles auf Weiß. Lithiumgewinnung in Bolivien, <https://taz.de/Lithiumgewinnung-in-Bolivien!/5709257/>

Boris, Dieter / Meschkat, Klaus (2013): Kontrovers: Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in Luxemburg Heft 16, 2/2013, S. 114 -126, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/im-labyrinth-von-post-entwicklung-und-buen-vivir/>

Brand, Ulrich (2016): Neo-Extraktivismus. Aufstieg und Krise eines Entwicklungsmodells, in: APUZ 39/2016, Frankfurt, S. 21-26.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR (2019): Deutschland – Rohstoffsituation 2018, https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, BMWi (2019): Rohstoffstrategie der Bundesregierung Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Burchardt, Hans-Jürgen/ Dietz, Kristina/ Öhlschläger, Rainer (Hrsg.) (2013): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika, Baden-Baden.

CEPAL (2020): Los efectos del COVID-19 en el comercio internacional y la logística, https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/45877/1/S2000497_es.pdf

Dietz, Kristina (2016): Erschöpft. Konflikte um Natur, Rohstoffausbeutung und Großprojekte in Lateinamerika, in: APUZ 39/2016, Frankfurt, S.28-34, <https://www.bpb.de/apuz/234225/erschoeft-konflikte-um-natur-rohstoffausbeutung-und-grossprojekte>

ENCOVI [Encuesta Nacional de Condiciones de Vida 2019-2020] (2020), <https://www.proyectoencovi.com/>

Fatheuer, Thomas (2011): Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Buen_Vivir.pdf?dimension1=division_iup

Fritz, Thomas (2006): „Die Plünderung ist vorbei“ – Boliviens Nationalisierung der Öl- und Gasindustrie, Berlin, https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2006/09/FDCL-Nationalisierung_in_Bolivien.pdf

Ganswindt, Katrin / Rötters, Sebastian /Schücking, Heffa (2013): Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte, hrsg. von urgewalt und FIAN Deutschland, https://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/bittercoal.pdf

García Linera, Álvaro (2012): Una vez más sobre el llamado "extractivismo", in: Geopolítica de la Amazonía, Poder hacendal-patrimonial y acumulación capitalista, La Paz, S.97-112, https://www.alainet.org/images/Lbro_GeoPol_Amazonia.pdf. Eine deutschsprachige Übersetzung des entsprechenden Buchkapitels findet sich unter: <https://amerika21.de/analyse/187503/sogenannten-extraktivismus-bolivien>

Global Witness (2020): Defending Tomorrow. The climate crisis and the threats against land and environmental defenders, Global Witness <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/defending-tomorrow/>

Gómez, John Freddy / Galindo, Camila Andrea (2017): Extractivismo, democracia y desarrollo en Colombia, <http://www.cadtm.org/Extractivismo-democracia-y>

Gudynas, Eduardo (2009a): Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual, in: CAAP (Centro Andino de Acción Popular) y CLAES (Centro Latino Americano de Ecología Social) [Hrsg.]: Extractivismo, política y sociedad, Quito, S.187-225.

Gudynas, Eduardo (2009 b): Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador, in: *juridikum* 2009/4, Wien, S.214-218.

Gudynas, Eduardo (2012a): Post-Extraktivismus und Transformationen auf dem Weg zu Alternativen und Entwicklung, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin, S.144-161.

Gudynas, Eduardo (2012b): Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, in: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation, Berlin, S.28-45.

Lambert, Tobias (2012 a): Ressourcen für Europa. Die Rohstoffstrategien der EU und Deutschlands gehen auf Kosten des globalen Südens, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin, S.128-141.

Lambert, Tobias (2012 b): Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen. Rohstoffsicherung für Deutschland und die EU - Probleme in Kolumbien und Peru, hrsg. von Brot für die Welt, FIAN, FDCL, Kampagne Bergwerk Peru, kolkol - Menschenrechte für Kolumbien, <https://www.fdcl.org/publication/2012-02-01-bergbau-boom-mit-nebenwirkungen/>

Lambert, Tobias (2019 a): Zwei Präsidenten, keine Lösungen, <https://www.rosalux.de/news/id/39895/zwei-praesidenten-keine-loesungen?cHash=5c256d60344e790f34a3ca1b083d8766>

Lambert, Tobias (2019 b): Mit der Bibel in den Präsidentenpalast, in: *iz3w* 376, S. 6-7.

Lambert, Tobias (2019 c): Kein Bezug zum Armenviertel, in *Südlink* 190, <https://www.inkota.de/index.php?id=2673>

Lander, Edgardo (2014): „Die Regierung hätte bereits vor Jahren handeln müssen“, Interview, in: Lateinamerika Nachrichten 480, <http://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/die-regierung-haette-bereits-vor-jahren-handeln-muessen/>

Lang, Miriam (2012a): Sieg der Marktlogik. Das Yasuní-Projekt und die deutsche Politik, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin, S. 116-124.

Lang, Miriam [Hrsg.] (2012b): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation, Berlin.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin.

Maldonado, Carlos Larrea/ Bravo, Ana Lucía/ Sáenz, Malki (2009): El neoextractivismo en Ecuador. Crisis y alternativas, in: Ecuador: balance de una década. Crisis socioambiental, extractivismo, política e integración, Quito.

Matthes, Sebastian (2013): Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika, https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2015021147400/OWP_Working_Paper_2012_02.pdf?sequence=1&isAllowed=y

Meschkat, Klaus (2013): Sozialismus des 21. Jahrhunderts?, in: Südlink 166, S. 6-8.

Meschkat, Klaus (2020): Krisen progressiver Regime. Lateinamerikas Linke und das Erbe des Staatssozialismus, Hamburg.

OCMAL: Mapa de conflictos mineros en América Latina, https://mapa.conflictosmineros.net/ocmal_db-v2/

OCMAL (2016): Minería, violencia y criminalización en América Latina, <https://www.ocmal.org/wp-content/uploads/2017/11/Mineria-violencia-y-Criminalizacion-OCMAL.pdf>

Oliveros, Luis (2020): Impacto de las sanciones financieras y petroleras sobre la economía venezolana, <https://www.wola.org/wp-content/uploads/2020/10/Oliveros-informe-completo-2.pdf>

Pardo, Luis Álvaro (2020): El Cerrejón, la Covid-19 y la mala hora del carbón, <https://razonpublica.com/cerrejon-la-covid-19-la-mala-hora-del-carbon/>

Paredes, Natalia (2019): Abusos de poder, extractivismos y derechos en la región andina. Informe de Bolivia, Colombia, Ecuador y Perú sobre abusos de poder, extractivismo y situación de la defensa de los derechos humanos, territoriales y ambientales en la región andina, Bolivien. <https://cedib.org/wp-content/uploads/2020/01/InformeAndino-LibroBOL.pdf>

Paz, Sarela (2012): Der Marsch der TIPNIS-Indígenas. Über den Zusammenhang zwischen den indigenen Protesten in Bolivien und den extraktivistischen Modellen Südamerikas, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin, S.82-95.

Perreault, Tom (2020): Bolivia's High Stakes Lithium Gamble, in: nacla 52, 2, S. 165-172.

Peters, Stefan (2019): Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela. Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez, Schmetterling Verlag, Stuttgart.

Romero, César / Ruíz, Franciso (2018): Dinámica de la minería a pequeña escala como sistema emergente. Dislocaciones y ramificaciones entre lo local y lo nacional, in: Gabbert, Karin y Martínez, Alexandra (Hrsg.): Venezuela desde adentro. Ocho investigaciones sobre un debate necesario, S. 87-142, Quito.

Sutherland, Manuel (2019): Impacto y naturaleza real de las sanciones económicas impuestas a Venezuela, Caracas, <https://www.derechos.org/ve/web/wp-content/uploads/SancionesSutherland-1.pdf>

Sutherland, Manuel (2020): Las sanciones económicas contra Venezuela: consecuencias, crisis humanitaria, alternativas y acuerdo humanitario, <https://www.derechos.org/ve/actualidad/informe-especial-las-sanciones-economicas-contra-venezuela-consecuencias-crisis-humanitaria-alternativas-y-acuerdo-humanitario>

Svampa, Maristella (2020): Epochenwechsel in Lateinamerika. Progressive Regierungen, Extraktivismus und soziale Bewegungen, Münster.

Terán Mantovani, Emiliano (2018): Naturalezas y Territorialidades en Disputa: Los ecologismos populares venezolanos y el eco-socialismo realmente existente en la Revolución Bolivariana, in: Gabbert, Karin y Martínez, Alexandra (Hrsg.): Venezuela desde adentro. Ocho investigaciones sobre un debate necesario, S. 17-84, Quito.

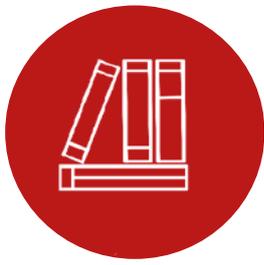
Terán Mantovani, Emiliano (2020): Los ritmos de la 'nueva normalidad'. Coordenadas del extractivismo en la pandemia en América Latina, <https://www.alainet.org/es/articulo/208103>

Tibocha Avellaneda, Julie Paolo (2019): El extractivismo del carbón en la Guajira (Colombia): dimensiones para la comprensión de su impacto social, in: Revista Propuestas para el Desarrollo, año III número III, noviembre 2019, S.107-128.

Vollrath, David (2014): Bergbau-Boom in Lateinamerika. Problemlagen, Konflikte und Regulierung, www.fdcl.org/wp-content/uploads/2015/05/FDCL-Bergbau-Boom-in-Lateinamerika.pdf

World Mining Data 2020, unter: www.wmc.org.pl/sites/default/files/WMD2020_0.pdf

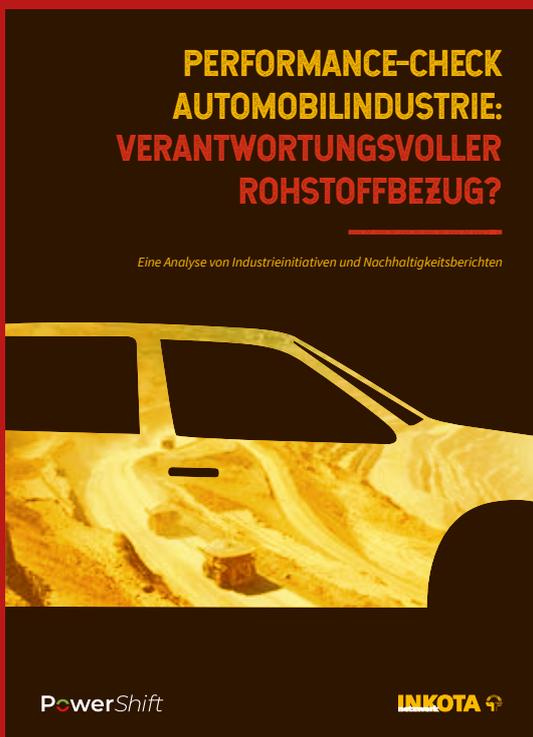
Zelik, Raul/Tauss, Aaron [Hrsg.] (2013): Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen: Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte, Hamburg.



WEITERE INFORMATIONEN UND PUBLIKATIONEN



Im Internet unter
www.fdcl.org
www.power-shift.de



Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a,
D -10961 Berlin
E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org

Power Shift e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
E-Mail: info@power-shift.de
Internet: www.power-shift.de

 FDCL-Verlag Berlin, 2020. ISBN: 978-3-923020-97-3

